

Kleine Schule – Bildungsvorsorge im ländlichen Raum



Michael Fücker
Alexander Otto
Nancy Leyda

Der Abschlussbericht sowie weitere Materialien sind auf der Projekthomepage unter www.wehlener-schule.de sowie auf dem Hochschulschriftenserver der TU Dresden verfügbar.

Gliederung

1	Vorwort	1
2	Projektkontext	2
2.1	Ausgangslage	2
2.2	Zielbestimmung	2
2.3	Projektstandort	3
2.4	Projektkonzeption	4
3	Demographische Situation im Landkreis Sächsische Schweiz	6
4	Methodische Zugänge	9
4.1	Zukunftswerkstatt	9
4.2	Delphi-Studie	10
5	Problemwahrnehmung und Handlungsstrategien aus Sicht der Bürger.....	11
5.1	Schulpolitik	11
5.2	Kleine Schule als Alternative	12
5.3	Schulweg	13
5.4	Schule als regionaler Faktor und Sozialisationsinstanz	13
5.5	Fazit: Eine realisierbare Schule der Zukunft als Grundlage für die Entwicklung des Schulnetzes	14
5.6	Ausblick	15
6	Problemwahrnehmung und Handlungsstrategien von Experten	16
6.1	Auswertung der ersten Befragungswelle	16
6.2	Auswertung der zweiten Befragungswelle	21
6.3	Ableitbares Stimmungsbild	23
7	Handlungsansätze zur Gewährleistung einer nachhaltigen Grundschulvorsorge im ländlichen Raum – Eine Entscheidungsmatrix für prekäre Standorte	25
7.1	Schülerlogistik	28
7.2	Einzugs- und Entfernungsnormen	28

7.3	Schule als Standortfaktor	29
7.4	Entwicklungspotenziale und Leitbilder	30
7.5	Nachhaltigkeit	31
7.6	Schulinternes Curriculum	32
7.7	Planungsmethodik	32
7.8	Zwischenbilanz	36
8	Evaluation des Projektes und Selbstreflexion.....	37
8.1	Initiierung bürgerlichen Engagements	37
8.2	Erwartete Wirkungen/ Nachhaltigkeit	38
9	Literatur	39

1 Vorwort

Die Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ (BIN) unterstützt innovative Beiträge zur Förderung lokaler Nachhaltigkeit, die ihrerseits Impulse für die weitere Ausfüllung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung geben und Lösungsstrategien aus der Nachhaltigkeitsforschung umsetzen bzw. anwenden. BIN will damit die politischen Ziele der Nachhaltigkeit mit der bürgerschaftlichen Realisierung vor Ort verbinden und die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie mit den dort existenten Bedürfnissen verbinden.

Das Projekt „Kleine Schule – Bildungsvorsorge im ländlichen Raum“ greift dabei einen wesentlichen Aspekt nachhaltiger Entwicklung auf, indem es die Bildungsvorsorge in einer ländlichen Region des Freistaates Sachsen (Landkreis Sächsische Schweiz) als Kernstück einer nachhaltigen Entwicklung nicht nur ländlicher Regionen thematisiert. Ausgehend von einer zivilgesellschaftlichen Initiative, dem Förderverein der Grundschule Wehlen, galt es bürgerschaftliches Engagement, lokale Politik und aktuelle Erkenntnisse der Nachhaltigkeitsforschung zur verbinden, um wegweisende und übertragbare Beiträge zur lokalen Nachhaltigkeit zu generieren.

In der Realisierung des Projektes wurden jedoch auch Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements für nachhaltige Entwicklung deutlich, indem die Potentiale langfristiger Entwicklungsprozesse vor dem Hintergrund eines hohen Problemdruckes zugunsten kurzfristig realisierbarer Handlungsoptionen aufgewogen wurden. Gerade Regionen, die von einer hohen Destabilisierung im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung, des Arbeitsmarktes oder der Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet sind, benötigen auf lokaler Ebene Handlungsansätze, die lokales Handeln motivieren und initiieren, aber auch Einflussmöglichkeiten und politisches Gehör, um lokale Lösungen für lokale Probleme erfolgreich umzusetzen.

Die Konzeption und Erprobung eines derartigen Handlungsansatzes im Rahmen des Projektes „Kleine Schule – Bildungsvorsorge im ländlichen Raum“ wäre ohne die hervorragende Kooperation mit dem Förderverein der Grundschule Wehlen nicht möglich gewesen, für die wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken möchten. Weiterhin gilt unser Dank den Lehrerinnen sowie Schülerinnen und Schülern der Grundschule Wehlen, die ihre Gedanken für eine „Schule der Zukunft“ in das Projekt eingebracht haben. Nicht zuletzt wurde das Projekt auch Seitens der Gemeinde Wehlen mit großem Interesse begleitet und erhielt jederzeit die notwendige Unterstützung.

Michael Fücker
(Projektleitung)

2 Projektkontext

2.1 Ausgangslage

Das Projekt „Kleine Schule – Bildungsvorsorge im ländlichen Raum“ wurde durch die besonderen Herausforderungen des demografischen Wandels vor allem im ländlichen Raum motiviert, welcher auch im Bereich der Bildungsvorsorge weit reichende Konsequenzen nach sich zieht. Neben den allgemeinen Tendenzen einer alternden Bevölkerung und niedrigen Geburtenzahlen, hat besonders im ländlichen Raum die Wanderungsbewegung der Bevölkerung einen wesentlichen Einfluss auf die demografische Entwicklung. Gerade für junge Menschen fehlen Perspektiven im Bildungssektor sowie auf dem Arbeitsmarkt, was zu einer verstärkten Abwanderung in attraktivere, städtische Regionen führt. In der Folge schreitet die Überalterung der Bevölkerung im ländlichen Raum deutlich schneller voran, was mittelfristig zu massiven Problemen sowohl im Sektor der familialen Unterstützungsleistungen, wie auch insgesamt der öffentlichen Daseinsvorsorge führen wird. Ziel muss es daher sein, die Attraktivität ländlicher Regionen zu steigern, und somit insgesamt ein ausgewogenes Generationenverhältnis zu schaffen bzw. zu erhalten.

Auf der Kehrseite führte die demografische Entwicklung im ländlichen Raum besonders im Bereich der Grundschulen zu einer Ausdünnung des Bildungsangebotes, indem auf sinkende Schülerzahlen mit einer Zentralisierung von Bildungsangeboten reagiert wird. Dieser, mit Blick auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit von Bildung, konsequente Schritt der Anpassung und Optimierung des Schulnetzes, birgt jedoch nicht nur für Eltern und Schüler nachteilige Konsequenzen, indem ungleiche Bildungschancen von Kindern aus ländlichen Regionen fortgeschrieben werden. Mittelfristig resultieren daraus auch negative Auswirkungen auf die sozialräumliche Entwicklung der Gemeinden, indem diese besonders für junge Familien unattraktiv werden. Werden Bildungsangebote als Standortfaktor einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Regionen verstanden, gilt es hier innovative Konzepte zu entwickeln, die den besonderen Herausforderungen ländlicher Regionen Rechnung tragen.

2.2 Zielbestimmung

Das Projekt „Kleine Schulen - Bildungsvorsorge im ländlichen Raum“ verfolgte das Ziel, ein nachhaltiges Konzept zur dezentralen Konsolidierung des staatlichen Grundschulangebotes im ländlichen Raum zu entwickeln. Neben der prinzipiellen Realisierbarkeit standen dabei die pädagogische Qualität wie auch die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Bildungsangebotes im Mittelpunkt der Konzeptualisierung. Die Entwicklung und Implementierung dezentraler Konzepte zur Konsolidierung des Grundschulangebotes im ländlichen Raum wird damit als ein wesentlicher Baustein aufgefasst, um besonders für junge Familien Möglichkeiten zu eröffnen, die Gestaltbarkeit, aber auch den Gestaltungsdruck von Lebenswegen und individuellen Biografien mit einer qualitativ hochwertigen Bildungsvorsorge für ihre Kinder zu vereinbaren. In diesem Sinne leistete das vorliegende Projekt einen Beitrag zur Entwicklung nachhaltiger Strategien im Umgang mit den Herausforderungen des soziodemografischen Wandels und ist in das Aktionsfeld 4 „Gesellschaftliches Handeln in Richtung Nachhaltigkeit“ des FONARahmenprogrammes des BMBF eingebettet.

Ausgehend von Erkenntnissen aus dem Modellvorhaben „Anpassungsstrategien für ländliche/ periphere Regionen in den neuen Ländern“¹, sollten im Rahmen eines Pilotprojektes Ansätze für „Kleine Grundschulen“ entwickelt und erprobt werden, die eine nachhaltige Fortschreibung der Bildungsvorsorge im ländlichen Raum ermöglichen. Als kleine Grundschule werden dabei Schulen bezeichnet, die mit weniger als 4 Klassen geführt werden. Wesentliches Augenmerk lag dabei auf der Übertragbarkeit des Konzeptes auf andere Regionen, auf der Sicherung der pädagogischen Qualität sowie eines dem Regel-schulangebot adäquaten Leistungsniveaus.

Konzeptionell zielte das Projekt vor dem Hintergrund der Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ primär auf eine Vernetzung von bürgerlichem Engagement, Politik und Wissenschaft, um Synergieeffekte zu erreichen, die den lokalen Erfordernissen entsprechen, landesweiten Herausforderungen Rechnung tragen und gleichzeitig aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse aus den Bereichen „soziodemografischer Wandel“ und der „Bildungsforschung“ integrieren. Methodisch galt es dabei neben der Wissenschaft die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie Akteure aus Politik und Verwaltung gleichermaßen als Experten einzubeziehen, um die heterogenen Vorstellungen über die Ausgestaltung von Bildung bei Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern mit den regionalpolitischen Herausforderungen abzugleichen.

Im Ergebnis soll als Grundlage für die Fortschreibung der Schulnetzplanung in ländlichen Regionen ein übertragbares Konzept zur dezentralen Konsolidierung von Grundschulen vorgelegt werden, welches eine angemessene Erreichbarkeit für die unter 10-jährigen Schülerinnen und Schüler gewährleistet und die Attraktivität der Regionen besonders für junge Familien stärkt.

2.3 Projektstandort

Das Projekt wurde im Freistaat Sachsen an der staatlichen Grundschule Wehlen im Landkreis Sächsische Schweiz angesiedelt. Die Grundschule der Stadt Wehlen steht bei der Schulnetzplanung seit mehreren Jahren unter Beobachtung, weil die erforderliche Klassenstärke von 15 Kindern bedingt durch den demografischen Wandel jeweils nur sehr knapp zustande kommt und für die nächsten Jahre ähnliche Tendenzen zu erwarten sind.

Durch das aktive und kreative Engagement der Eltern, Lehrerinnen sowie der Kommune konnte die Schule bisher am Leben erhalten werden. So verfügt die Grundschule Wehlen über ein Waldklassenzimmer. Im Rahmen dieses landesweit einmaligen Projektes wird der Unterricht mit den Kindern einmal wöchentlich im Nationalpark „Sächsische Schweiz“ durchgeführt. Diese Form des projektbezogenen, themenübergreifenden Lernens sensibilisiert die Kinder für die sie umgebende Natur und ermöglicht ein Lernen am Objekt. Gleichzeitig werden der soziale Zusammenhalt zwischen den Kindern und die Eigeninitiative bei der Erschließung subjektiver Interessengebiete gefördert. Darüber hinaus stellt die Schule ein qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot zur Verfügung. Nicht zuletzt wird das innovative Potential an der langjährigen Kooperation mit den lokalen Kindertageseinrichtungen im Bereich der Vorschule sichtbar. Vorschulkinder werden einmal wöchentlich durch eine Lehrerin in der Schule unterrichtet.

¹

BMVBS / BBR (2005): Anpassungsstrategien für ländliche/ periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. In: Werkstatt: Praxis Heft 38. Bonn

Der Förderverein der Grundschule Wehlen zeichnet sich durch ein hohes gesellschaftliches Engagement aus und bündelt eine Vielzahl verschiedener Interessengruppen. Auch die Lehrerinnen der Grundschule Wehlen sehen die Notwendigkeit, im Bereich des Bildungswesens neue Wege zu gehen. Insgesamt werden mögliche Folgen des demografischen Wandels von den regionalen Akteuren am Projektstandort antizipiert, jedoch mit zu eng gefassten Handlungsansätzen und einer starken Problemorientierung angegangen. So wurde beispielsweise das Schulgebäude nach Auflösung der Mittelschule in ein multifunktionales Haus umgenutzt, indem sowohl schulische Bildung als auch Vereinsleben miteinander vernetzt werden.

Zusammenfassend vereint der Projektstandort „Grundschule Wehlen“ hinsichtlich seiner sozialräumlichen Lage sowie der in Frage gestellten Standortsicherheit der Grundschule wesentliche Merkmale prekärer Bildungsstandorte. Gleichzeitig bildet das hohe bürgergesellschaftliche Engagement für den Erhalt der Schule vor Ort eine wesentliche Ausgangsbasis für die Initiierung nachhaltiger Entwicklungsprozesse im Sinne der Bundesaktion.

2.4 Projektkonzeption

Konzeptionell galt es in der Projektplanung die Betroffenenansicht der Bürgerinnen und Bürger bzw. der Eltern mit der Sichtweise von Experten aus Politik und Verwaltung zu verbinden. Ziel war es dabei zwischen Visionen und Handlungsansätze regionaler Akteure und den Lösungsansätzen der Entscheidungsträger zu vermitteln. Zur Realisierung wurde auf Konzepte der Aktionsforschung zurückgegriffen, die wissenschaftliche Erkenntnisse und deren Umsetzung in praktisches Handeln als Einheit begreifen. Die wissenschaftliche Begleitung verstand sich in diesem Setting als Moderator zwischen den beiden Perspektiven und für die theoretische Untersetzung und Konzeptentwicklung verantwortlich. In diesem Sinne hatte das Projekt auch aus einer wissenschaftstheoretischen Perspektive Versuchscharakter, indem es den Versuch unternahm, eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis zu schlagen.

Die erste Projektphase, die über die Bundesaktion BIN unterstützt wurde, ist in ihrem zeitlichen Ablauf in der folgenden Abbildung dargestellt. Insgesamt integriert sich das Projekt jedoch in ein längerfristiges Vorhaben zur Strukturentwicklung ländlicher Regionen, welches neben der Konzeptualisierung auch eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der Umsetzungsphase vorsieht. So wurde ein entsprechendes Folgeprojekt im integrierten ländlichen Entwicklungskonzept (ILEK) des Landkreises Sächsische Schweiz verankert.

Abb. 1: Projektvorgänge

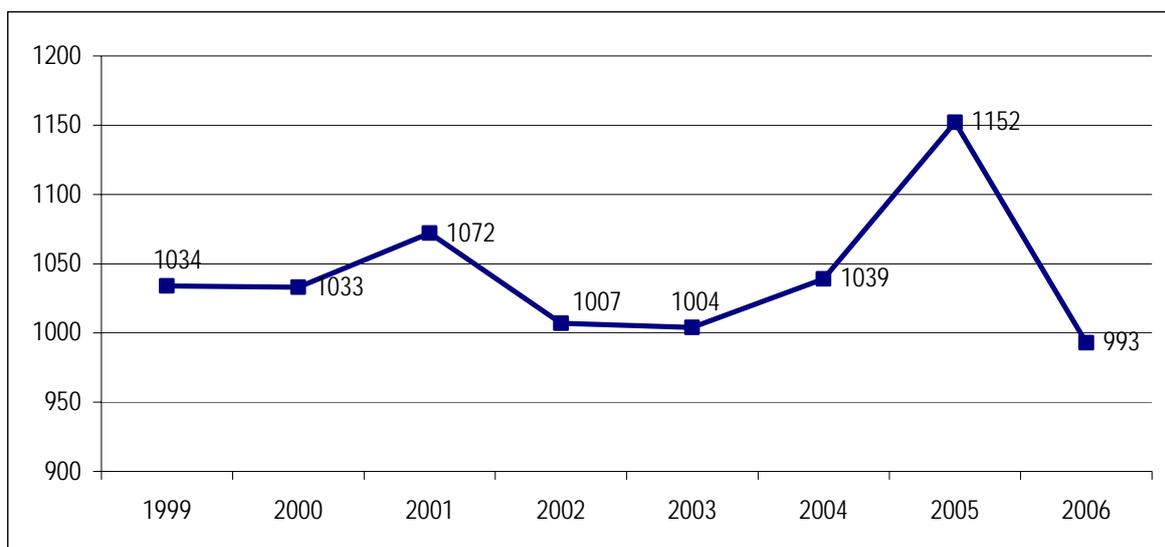
Projektvorgänge	Okt 06	Nov 06	Dez 06	Jan 07	Feb 07	Mrz 07	Apr 07	Mai 07	Jun 07	Jul 07	Aug 07	Sep 07	Okt 07	Nov 07	Dez 07	Jan 08	Feb 08
Einarbeitung in den wissenschaftlichen Kontext	■	■	■														
Projekttreffen mit Schulverein		■		■		■		■					■				
Demografische Prognose: Landkreis Sächsische Schweiz				■	■	■	■	■									
Konzeption/Durchführung Zukunftswerkstatt			■	■													
Realisierungsworkshop							■										
Erarbeitung eines Modells zur Realisierung „Kleine Schule“					■	■	■										
Lehrerexkursion zu jahrgangsübergreifendem Unterricht									■								
Experten-Delphi						■	■	■	■	■							
Projektwoche zur Erprobung jahrgangsübergreifenden Unterrichts													■				
Evaluation der Projektwoche													■	■			
Erarbeitung einer Entscheidungsmatrix zur Standortentscheidung										■	■	■	■	■			
Diskussionsforum in der Sächsischen Bildungsagentur															■		
Bericht Handlungsempfehlungen													■	■	■	■	■

3 Demographische Situation im Landkreis Sächsische Schweiz

Der Landkreis Sächsische Schweiz setzt sich aus 26 Gemeinden zusammen, die jeweils unterschiedlich von demografischen Wandlungsprozessen betroffen sind. In Anlehnung an Hervieu (1997) lassen sich Sozialräume in (1) urbane Zentren plus Vororte, (2) urbanisierte Gürtel, (3) Gemeinden mit verschiedenen Funktionen und (4) ländlich dominierte Gebiete differenzieren. Die für das Projekt maßgebliche Problemlage niedriger Geburtenraten bei gleichzeitig hohen Abwanderungsbewegungen der jüngeren Bevölkerungsgruppen findet sich vor allem in ländlich dominierten Gebieten, welche strukturell nicht von der Nähe zu Großstädten profitieren. Im Landkreis Sächsische Schweiz sind die Gemeinden Pirna, Heidenau und Stolpen den urbanisierten Gürteln zuzurechnen, während die verbleibenden 23 Gemeinden den ländlich dominierten Gebieten angehören.

Betrachtet man die absolute Anzahl der Lebendgeborenen im Landkreis Sächsische Schweiz, spiegelt sich hier der bundesweite Trend abnehmender Geburtenzahlen wieder. Der in den Jahren 2004/ 2005 zu verzeichnende Anstieg der Geburtenzahlen lässt sich auf die „nachgeholten Geburten“ in Folge des Geburteneinbruchs in den neuen Bundesländern zu Beginn der 90er Jahre zurückführen und bedeutet keine Trendwende. Entsprechend geht auch die regionalisierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes Sachsen bis zum Jahr 2020 von weiterhin kontinuierlich sinkenden Geburtenzahlen aus.

Abb. 2: Anzahl Lebendgeborener im Landkreis Sächsische Schweiz 1999 - 2006



Quelle der Basisdaten: Statistisches Landesamt Sachsen

Relativ zur Gesamtbevölkerung der einzelnen Gemeinde ist der allgemeine Trend der Geburtenentwicklung durchaus vergleichbar. In ländlich dominierten Gebieten wird die Überalterung der Gesellschaft durch einen negativen Wanderungssaldo jedoch zusätzlich forciert, während die urbanen Zentren und urbanisierte Gürtel von der selektiven Abwanderung vor allem junger Menschen und von Familien profitieren.

Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über die drei wesentlichen demografischen Kennziffern der Fertilität, Mortalität und Migration für den Landkreis Sächsische Schweiz. Deutlich werden vor allem der negative Wanderungssaldo im gesamten Landkreis und die rückläufigen Geburtenzahlen, die sich nur in Relation zur abnehmenden Gesamtbevölkerung zu relativ konstanten Geburtenraten (Lebendgeborene pro 1.000 EW) verdichten.

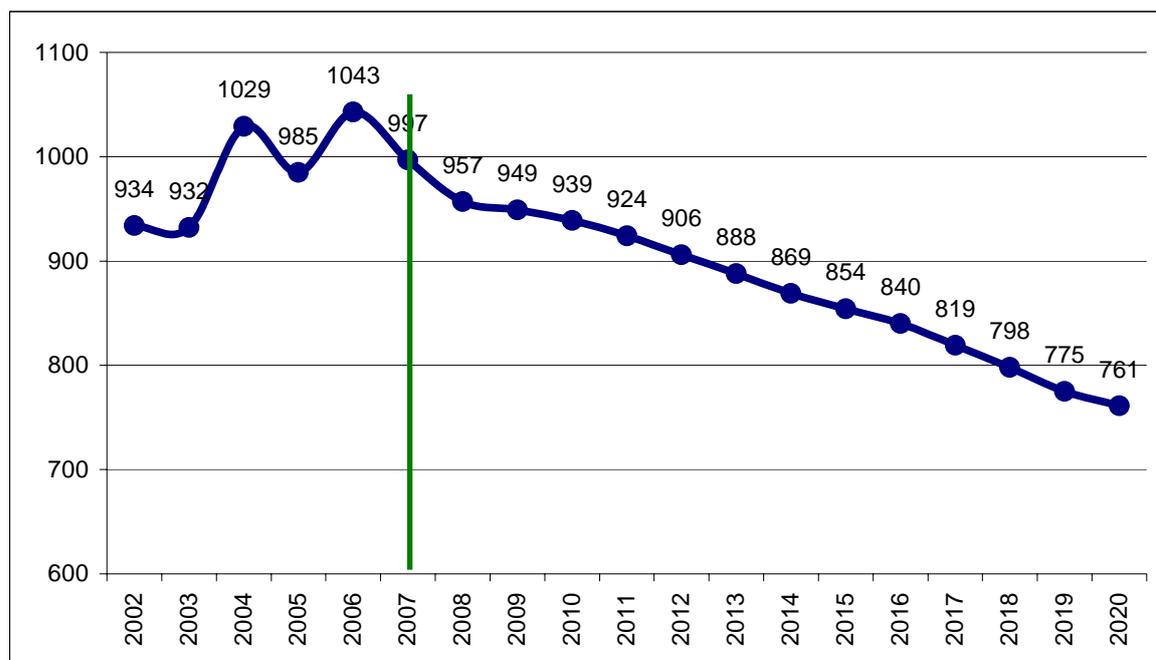
Abb. 3: Demografische Kennziffern für den Landkreis Sächsische Schweiz

Jahr	Lebendgeborene absolut (je 1000 Einwohner)	Gestorbene absolut (je 1000 Einwohner)	Überschuss Lebendgeborene bzw. Gestorbene absolut (je 1000 EW)	Zuzüge absolut (je 1000 Einwohner)	Fortzüge insgesamt absolut (je 1000 Einwohner)	Überschuss insgesamt absolut (je 1000 Einwohner)	Gesamtveränderungen absolut (je 1000 Einwohner)
1999	1034 (6,9)	1702 (11,4)	-668 (-4,5)	4224 (28,2)	3890 (25,9)	334 (2,2)	-453 (-3,0)
2000	1033 (6,9)	1744 (11,7)	-711 (-4,8)	3846 (25,8)	4159 (27,9)	-313 (-2,1)	-1019 (-6,8)
2001	1072 (7,2)	1690 (11,4)	-618 (-4,2)	3658 (24,7)	4658 (31,5)	-1000 (-6,8)	-1617 (-10,9)
2002	1007 (6,9)	1575 (10,8)	-568 (-3,9)	3446 (23,6)	4688 (32,0)	-1242 (-8,5)	-1807 (-12,3)
2003	1004 (6,9)	1725 (11,9)	-721 (-5,0)	3551 (24,6)	4519 (31,3)	-968 (-6,7)	-1696 (-11,7)
2004	1039 (7,3)	1633 (11,4)	-594 (-4,2)	3307 (23,1)	3726 (26,0)	-419 (-2,9)	-1015 (-7,1)
2005	1152 (8,1)	1632 (11,5)	-480 (-3,4)	3062 (21,5)	3797 (26,7)	-735 (-5,2)	-1212 (-8,5)
2006	993 (7,1)	1706 (12,1)	-713 (-5,1)	2776 (19,7)	3471 (24,7)	-695 (-4,9)	-1404 (-10,0)
2007	985 (7,1)	1624 (11,7)	-640 (-4,6)	2738 (19,7)	3668 (26,3)	-930 (-6,7)	-1560 (-11,2)

Quelle der Basisdaten: Kreisstatistik Sachsen

Für eine Beschreibung der Situation im Bereich der Grundschulen ist die Altersklasse der 6-jährigen von besonderer Bedeutung, da diese die Population der ersten Klassen darstellen. Mit Blick auf die Bevölkerungsprognose zeigt sich, wie nicht anders zu erwarten, eine kontinuierliche Abnahme dieser Altersgruppe.

Abb. 4: Bevölkerungsprognose Landkreis Sächsische Schweiz – Absolute Anzahl in der Altersgruppe der 6-jährigen



Quelle der Basisdaten: Statistisches Landesamt Sachsen

Um den Problemhorizont im Kontext des Projektes zu umreißen, erachten wir an dieser Stelle eine grobe Schätzung der zukünftigen Schülerpopulationen auf Gemeindeebene für ausreichend. Dazu wurde ausgehend von den Basisdaten des Statistischen Landesamtes Sachsen die Gesamtpopulation der 0- bis 6-jährigen gleichmäßig auf sechs Altersgruppen verteilt. Potentiell gefährdete Schulstandorte kristallisieren sich immer dort heraus, wo die Gesamtpopulation unter 90 Kinder sinkt und mithin bei einer angenommenen Gleichverteilung auf alle Geburtenjahrgänge die Mindestschülerzahl zur Klassenbildung von 15 Schülerinnen und Schülern nicht mehr gegeben ist. Eine differenzierte Prognose einzelner Geburtenjahrgänge, kleinräumiger Wanderungsbewegungen sowie eine Analyse des Anmeldeverhaltens an verschiedenen Schulstandorten liegt mit dem Schulnetzplan für den Landkreis Sächsische Schweiz vor, wobei sich daraus keine widersprechenden Erkenntnisse ableiten.

Ausgehend von diesem groben Prognosemodell lassen sich für den Landkreis Sächsische Schweiz mit den Gemeinden Liebstadt, Müglitztal, Rosenthal-Bielatal und Wehlen vier gefährdete Schulstandorte identifizieren. In der Prognose bis zum Schuljahr 2011/12 wird hier die Mindestschülerzahl zur Bildung einer ersten Klassen jeweils unterschritten bzw. nur knapp erreicht.

Abb. 5: Prognostizierte Schülerzahl der ersten Klasse an gefährdeten Schulstandorten

	2006/ 2007	2007/ 2008	2008/ 2009	2009/ 2010	2010/2011	2011/ 2012
Liebstadt	9,0	7,0	7,5	12,0	11,5	9,0
Müglitztal	17,5	15,0	12,0	12,5	15,0	17,5
Rosenthal-Bielatal	11,5	19,5	16,0	13,5	13,5	11,5
Wehlen	11,0	9,0	8,5	10,5	12,0	11,0

Quelle der Basisdaten: Statistisches Landesamt Sachsen

Die aufgezeigte demographische Entwicklung blieb bereits in der Vergangenheit nicht ohne Konsequenzen für die Entwicklung des Schulnetzes im Landkreis Sächsische Schweiz. So reduzierte sich das Grundschulnetz von 36 Grundschulen (1999) auf 29 (2006). Dabei waren sowohl die städtischen als auch die ländlichen Gemeinden von Schulschließungen betroffen. Die Jahre 2001 und 2002 kristallisieren sich dabei als die kritischen Jahre im Bezug auf die Grundschulschließungen heraus. Im Jahr 2001 wurde die Grundschule in Porschdorf geschlossen, im Jahr 2002 die Grundschulen in Reinhardtsdorf-Schöna und Rosenthal-Bielatal. Letztere Gemeinde hat seit dem Jahr 2005 wieder eine Grundschule, welche jedoch aktuell wieder von der Aufhebung bedroht ist.

Abb. 6: Anzahl Grundschulen an gefährdeten Schulstandorten im Vergleich zum urbanen Gürtel im Untersuchungsgebiet

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Heidenau	4	4	5	4	4	3	3	3
Pirna	8	7	8	7	7	7	7	7
Liebstadt	1	1	1	1	1	1	1	1
Müglitztal	1	1	1	1	1	1	1	1
Rosenthal-Bielatal	1	1	1	0	0	0	1	1
Wehlen	1	1	1	1	1	1	1	1

Quelle der Basisdaten: Statistisches Landesamt Sachsen

4 Methodische Zugänge

4.1 Zukunftswerkstatt

Zukunftswerkstätten sind ein soziales Problemlösungsverfahren, bei dem durch methodisch kreatives Arbeiten in Gruppen in einem offenen Prozess Themen durchdrungen, Probleme gelöst und zukunftsweisende Anliegen bewältigt werden. Eine Zukunftswerkstatt soll Lust auf Veränderungen machen, aber auch innovative Wege aufzeigen, mit aktuellen Problemen umzugehen. Methodisch sind nacheinander drei Phasen zu durchlaufen:²

1. Beschwerde- und Kritikphase: In dieser soll das Anliegen durch kritische Aufarbeitung des Problems genau geklärt, und ein Ist-Zustand festgehalten werden.
2. Phantasie- und Utopiephase: In dieser soll der Ist-Zustand mit sozialen Phantasien und Kreativität überwunden werden und auf Grundlage dessen ein Wunschhorizont entwickelt werden, in dessen Richtung die Änderungswünsche gehen.
3. Realisierungsphase: Hier sollen Teile des Wunschhorizontes zu Forderungen bzw. Projektansätzen verdichtet werden und zudem die Klärung des vorhandenen Handlungspotentials stattfinden.

Mit den Wehlener Bürgern wurde am 20. Januar 2007 die eintägige Zukunftswerkstatt „Wehlen macht Schule“ durchgeführt. Die Zukunftswerkstatt war integrativer Bestandteil des Projektes und verfolgte das Ziel, die Problemwahrnehmung zu erheben, Veränderungswünsche und mögliche Handlungsansätze vor allem aus Sicht der Wehlener Bevölkerung zu fixieren und in die Projektarbeit einzubringen. Die 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten sich aus Eltern, Lehrerinnen, Horterziehern und Gemeindevertretern zusammen.

Die oben erwähnten drei Phasen einer Zukunftswerkstatt wurden vor dem Hintergrund der Leitfrage „Wie sieht eine (realisierbare) Zukunftsschule als Grundlage der Schulnetzplanung und als Projektskizze zur Weitergabe an Dritte aus?“ nacheinander durchlaufen. Den Impuls bildete die Kritikphase unter der Überschrift „Der Schule gehen die Kinder aus und die Verwaltung handelt – welche Ängste, Befürchtungen und Kritiken haben Sie?“ Die Teilnehmer sammelten paarweise ihre persönlichen Kritikpunkte, die später im Plenum vorgestellt wurden. Da sich hier klar strukturierte Kritikcluster zeigten, wurden dann die weiteren Gruppen entsprechend der verschiedenen Kritikcluster gebildet.

Als Denkanstoß für die Phantasiephase berichteten die Kinder der Schule über eine Videobotschaft über ihre „Schule der Zukunft“. Simuliert wurde eine Zukunftsreise in eine Zeit, in der alle Probleme gelöst sind. Die „Forschergruppen“ notieren dabei in ihrem „Logbuch“ was sie Erstaunliches und Phantastisches erleben, welche Menschen sie treffen und was diese Menschen zu erzählen haben. Die inhaltliche Vorstellung der Logbücher erfolgte wiederum im Plenum. Im Anschluss konnten paarweise jeweils fünf Klebepunkte auf die schönsten, interessantesten und phantastischsten Ideen als Vorschlag zur Weiterarbeit vergeben werden.

2

Vgl. Kuhnt/ Müller: Moderationsfibel. Zukunftswerkstätten verstehen, anleiten, einsetzen, Ökonomie, 1996

In der letzten Phase der Zukunftswerkstatt, der Realisierungsphase wurde in der Großgruppe nach Chancen und Potentialen in den zuvor generierten Ideen gesucht, um konkrete Zielformulierungen zu erreichen und bereits vorhandene Potentiale zu erschließen.

4.2 Delphi-Studie

Mit Hilfe einer Delphi-Studie kann ein fundierter Blick in die Zukunft gemacht und potenzielle Lösungsstrategien erhoben werden. Es handelt es sich um eine auf mehrere Etappen ausgelegte Befragungsmethode, welche unter Experten verschiedenster Fachbereiche durchgeführt wird. Im Besonderen wird nach dem Eintreffen bestimmter Zukunftsergebnisse oder der Beurteilung von Entwicklungstrends gefragt.³ Das Verfahren basiert auf dem intuitiven und individuellen Urteil der Fachexperten. Dabei wird von zwei Grundannahmen ausgegangen. Auf der einen Seite verfügen Experten in ihrer Profession über einschlägiges Wissen und können diesbezügliche Schätzungen über mögliche Entwicklungen kommunizieren. Des Weiteren wird angenommen, dass durch einen Rückkopplungsprozess der Antworten der Kollegen der Einzelne die Gelegenheit der Kontrolle beziehungsweise des Vergleichs der eigenen Aussage hat und diese in einer weiteren Befragungswelle korrigieren kann. Durch das Wiederholen der Befragung soll auf diese Weise die Spannbreite der Expertenmeinungen dezimiert und eine Konvergenz der Expertenmeinungen angestrebt werden.⁴

In unserem Fall wurden 30 Experten aus den Bereichen Politik, Verwaltung und Wissenschaft zu ihrer Problemwahrnehmung und ihren daraus resultierenden Handlungsoptionen zur Bildungsvorsorge im ländlichen Raum befragt. Die Datenerhebung erfolgte in Form einer Online-Befragung mit zwei Befragungswellen. In der ersten Welle wurden offene Fragen zum besonderen Handlungsbedarf zum Erhalt der Bildungsvorsorge im ländlichen Raum, zur Bedeutung und den spezifischen Aufgaben von Schule, zu möglichen Konsequenzen von Standortschließungen und schließlich zu Strategien der Fortschreibung des Schulnetzes gestellt.

Die Antworten wurden mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse⁵ ausgewertet und die Ergebnisse thesenartig als Impuls für die zweite Befragungswelle aufbereitet, die wiederum qualitativ analysiert wurde.

³ Vgl. Häder (2002)

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Mayring (2000)

5 Problemwahrnehmung und Handlungsstrategien aus Sicht der Bürger

Die Zukunftswerkstatt „Wehlen macht Schule“ offenbarte eine große Unsicherheit über den Fortbestand der Grundschule in Wehlen. Zudem wurden viele Facetten von Problemen thematisiert, die sich aus den demografischen Wandlungsprozessen der Gesellschaft, insbesondere im ländlichen Raum, ergeben.

Die Wehlener Bürger wie auch die Stadtverwaltung lehnen eine mögliche Schließung des Grundschulstandortes Wehlener Schule als Reaktion auf die sinkenden Schülerzahlen ab. Ziel sollte es sein, nach alternativen und innovativen Konzepten zur nachhaltigen Sicherung des Grundschulstandortes zu suchen, die insgesamt Modellcharakter für eine differenziertere Schulpolitik im ländlichen Raum entfalten können.

5.1 Schulpolitik

Eine Schulnetzplanung, die sich ausschließlich an Schülerzahlen orientiert und weitere Aspekte wie Qualität der Bildung, Schülertransport, kindgerechte Beschulung oder regionale Interessen am Standort Schule vernachlässigt, wurde als „unzureichend“ und „einseitig“ interpretiert. In diesem Sinne stieß die gängige Praxis der Schulverwaltung, den Fortbestand von Schulstandorten von Mindestschülerzahlen abhängig zu machen, besonders vor dem Hintergrund der Situation in ländlich geprägten Regionen, auf kein Verständnis bei den Bürgern. Dabei werden im Wesentlichen zwei Argumentationsstränge eröffnet:

1. Kleine Klassenstärken ermöglichen die individuelle Förderung sowohl von leistungsstarken, als auch von leistungsschwächeren Schülern. Darüber hinaus stärken sie den sozialen Zusammenhalt des Klassenverbundes. Für die im Nachgang der Pisa-Studie (2003) erneut geforderte Qualitätssteigerung des Bildungssystems sind gerade im Grundschulsektor große Klassen eher kontraproduktiv.

2. Zentral vorgegebene Mindestklassenstärken lassen sich nicht auf das aktuelle und perspektivische Schüleraufkommen im ländlichen Raum übersetzen. Womöglich ist dieses Verfahren in städtischen Räumen im Sinne einer effizienten Schulorganisation angemessen, im dünn besiedelten Raum führt diese Vorgehensweise dagegen zu einer für die Familien nicht zumutbaren Ausdünnung des Grundschulnetzes. Schon jetzt werden immer wieder die ungleichen Bildungschancen aufgrund der sozioökonomischen Herkunft der Schüler thematisiert. Die strukturelle Benachteiligung des ländlichen Raumes stellt einen weiteren Faktor dar, der das gemeinsame Ziel gleicher Bildungschancen für alle Kinder gefährdet.

Insgesamt sollten die rückläufigen Schülerzahlen als eine Herausforderung verstanden werden, für Regionen mit hoher Abwanderung und einer starken Verringerung der Bevölkerungsdichte innovative Schulkonzepte zu entwickeln und zu optimieren, die den kleinräumlichen Erfordernissen Rechnung tragen, aber auch ein langfristig bestehendes Schulnetz sicher stellen.⁶ Die Schulnetzplanung basiert derzeit auf einem langfristig angelegten Planungsinstrument, welches wesentlich auf dem prognostizierten Geburtenauf-

⁶ vgl. dazu auch: Expertenkommission „Demografischer Wandel“, 2006, S. 44

kommen beruht und mindestens aller fünf Jahre fortgeschrieben wird. Vielfach wird diese Planung besonders vor dem Hintergrund des ständig drohenden Mitwirkungsentzuges durch das Sächsische Kultusministerium (SMK) als eine „sporadische Schulpolitik“ kritisiert, wobei die Kritik hier vor allem auf die fehlende Planungssicherheit abzielt („*Schulnetzplanung nicht langfristig genug*“). Die ohnehin verbreitete Unsicherheit über die individuelle Zukunft wird so gerade für junge Familien auch auf den Bildungsbereich ausgeweitet.

Zudem bindet die Planung in engen Zeithorizonten sowohl bei engagierten Eltern als auch Lehrern viele Ressourcen, die so für die qualitative Entwicklung *ihres* Bildungsangebotes (Waldschulkonzept, Ganztagsangebot) nicht mehr zur Verfügung stehen. Ziel sollte es sein, gerade dort, wo innovative Lösungen gefragt sind, Partizipationsangebote zu etablieren, die Eltern, Lehrern sowie der Gemeinde mehr Mitsprachemöglichkeiten bei der Organisation und Planung der Schullandschaft einräumen, um dadurch eine bessere Passung der Politik an die lokalen Erfordernisse zu erreichen.

Letztlich werden die bestehenden Schulbezirke als eine Einschränkung persönlicher Handlungsoptionen wahrgenommen. Die freie Wahl von Bildungsangeboten in einem gemeinsamen Schulbezirk gibt den Eltern dagegen die Möglichkeit, bedarfsgerecht und an den individuellen Präferenzen des Kindes ausgerichtete Angebote zu wählen. Zudem wird über den Wettbewerb der Schulen indirekt die Qualität und Innovationsfähigkeit der Bildungsangebote gestärkt.

Eine Öffnung der Schulbezirke stellt natürlich noch keine Garantie für den Fortbestand der Schulstandorte dar und birgt zudem die Gefahr, dass sich die Schulen untereinander Schüler „abziehen“. Ein Wettbewerb zwischen den Schulstandorten erscheint daher nur dann sinnvoll, wenn parallel dazu Schulkonzepte implementiert und vor allem politisch ermöglicht werden, die primär an der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und pädagogischen Qualität eines Bildungsangebotes orientiert sind und die Schülerzahlen als eher sekundäres Kriterium betrachten. „Schule als Unternehmen“ wurde in diesem Zusammenhang als Schlagwort eingebracht, welches sowohl auf den Wunsch nach mehr Handlungsautonomie der Schulleitung bzw. der Eltern als auch auf die Innovationskraft des Wettbewerbes innerhalb des staatlichen Schulangebotes verweist.

5.2 Kleine Schule als Alternative

Kleine Schulen wurden als Lösungsmodell und Chance erarbeitet, Bildungsqualitäten zu sichern beziehungsweise überhaupt erst bereit zu stellen. Angesprochen wurde dabei besonders das günstigere Lehrer-Schüler-Verhältnis, welches die gezielte Förderung leistungsstarker und leistungsschwacher Schüler ermöglicht.

Potentiale ergeben sich aber auch durch eine räumliche Flexibilisierung des Unterrichts. Durch die räumliche Anbindung des Schulstandortes an den Nationalpark Sächsische Schweiz lassen sich Konzepte des erfahrungsnahen Lernens realisieren (Waldschulkonzept), die jedoch zukünftig stärker auf die Unterstützung sowie den Aufbau tragfähiger Kooperationen angewiesen sind (Nationalparkverwaltung, Schulverwaltung, Forstamt). Das sachsenweit einmalige Waldschulkonzept der Wehlener Schule sollte als Grundlage für weitere Überlegungen zu einem zeitgemäßen Modellschulkonzept beibehalten werden. Zudem entstehen durch den sinkenden Raumbedarf für den Kernunterricht räumliche Kapazitäten, die zur freien Betätigung der Kinder, als Ruheraum oder als „wandeln-de“ Projektzimmer genutzt werden können.

Neben der räumlichen Flexibilisierung wird auch eine zeitliche Flexibilisierung des Unterrichts als ein wesentlicher Beitrag für eine höhere Bildungsqualität erachtet. Einen Schritt in diese Richtung stellen die Ganztagsangebote der Schule dar. Hier gilt es, an einer besseren Verzahnung mit dem Unterricht durch eigenständige Projektarbeit oder altersübergreifende Lerngruppen zu arbeiten sowie mögliche Synergien zwischen Schule, Hort und dem vorschulischen Bildungsbereich (Kita) zu nutzen. Insgesamt besteht bei den Eltern und Lehrern eine große Offenheit gegenüber Unterrichtsmodellen, die den traditionellen räumlichen und zeitlichen Rahmen von Schule verlassen.

5.3 Schulweg

Neben den politischen und pädagogischen Aspekten stellt der Schulweg gerade im ländlichen Raum Eltern und Kinder vor besondere Herausforderungen. In diesem Sinne fordert auch die Expertenkommission „Demografischer Wandel“ in ihrem Abschlussbericht, „die Wege für Schüler aller Schulformen zu optimieren und konsequent auf das langfristig bestehende Schulnetz auszurichten“⁷.

Lange Schulwege binden Freizeit, sind kostenintensiv und besonders für kleine Kinder zunehmend gefährlich bzw. nur noch bedingt selbständig zu bewältigen. Die Organisation des Schülerverkehrs führt durch unflexible Abfahrtszeiten zu langen Wartezeiten für die Kinder. Eltern, die ihre Kinder an mehrere Standorte (Schule, Kita) „verteilen“ müssen, haben einen sehr hohen Transportaufwand. Im Grundschulbereich wird sich mit einer Zentralisierung der Schulstandorte diese Tendenz noch verschärfen. „Kurze Beine brauchen kurze Schulwege“ sollte daher zu einer Leitlinie der Schulnetzplanung werden. Wobei sich auch hier durch eine konsequente Vernetzung von Kita, außerschulischen Betreuungsangeboten sowie Ganztagsangeboten der Schule Handlungsoptionen ergeben, die sowohl den Interessen der Eltern, der Schule als Institution und den Kindern gerecht werden. Letztlich sollten auch die Kosten der Schülerbeförderung (für die Eltern und die Gemeinden) als zusätzliches Kriterium für die Strukturierung der Schullandschaft in Betracht gezogen werden.

5.4 Schule als regionaler Faktor und Sozialisationsinstanz

Schule ist mehr als ein Ort gemeinsamen Lernens. Gerade im ländlichen Raum ist sie auch ein Ort des sozialen Austausches, Zentrum kulturellen Lebens und Identifikationsobjekt für Heranwachsende. Indem Schule auch diesen Aufgaben gerecht wird, bietet sie ein wichtiges Umfeld zum Aufbau intakter Sozialbeziehungen (Freundschaften) im Kindes- und Jugendalter, die neben der Familie soziale Unterstützung leisten. Beziehungen unter Gleichaltrigen (Peers) erstrecken sich jedoch nicht nur auf den schulischen Kontext, sondern wirken besonders im außerschulischen Bereich als wichtige Sozialisationsinstanz. Ein wohnortnahes Schulangebot im Grundschulbereich stellt eine grundlegende Voraussetzung dar, der zunehmenden „Verinselung“ von Kindheit und mithin dem Zerfall der kindlichen Gemeinschaft entgegen zu wirken.

Als regionaler Faktor motiviert ein wohnortnahes Bildungsangebot Zuzüge junger Familien und stellt somit ein wichtiges Infrastrukturangebot für eine prosperierende Entwicklung der Region dar. So ist gerade in Wehlen die vorhandene Grundschule ein Kriterium für den Zuzug in die Region gewesen. Das Fehlen von Bildungsangeboten, besonders im Grundschulbereich, ist hingegen eine besondere Hürde für den Zuzug junger Familien, die

⁷ Expertenkommission „Demografischer Wandel“, 2006, S. 44

für die demografische Erneuerung der überalterten Gesellschaft und als Ausgleich der Wanderungsverluste dringend benötigt werden. Das Wegbrechen regionaler Schulstandorte hat zudem perspektivisch eine nur lose Identifikation mit dem Wohnort zur Folge.

Letztlich führt eine Zentralisierung des Bildungsangebotes zur Auflösung vorhandener Synergieeffekte zwischen Kita, Hort sowie dem Vereinsleben des Ortes. Dies hat vor allem für den Bereich der vorschulischen Bildungsarbeit Konsequenzen, der gerade auf eine bessere Verzahnung von Kita und Grundschule angewiesen ist. Auch wird eine produktive Einbindung von Schule in das soziale Gemeinwesen einer Region deutlich erschwert, was in der Konsequenz zu einer sozialen Benachteiligung von Kindern aus ländlichen Gebieten führt. Die in der Zukunftswerkstatt entwickelte Idee eines „Haus der Generationen“ verweist auf diesen Zusammenhang. Die Vision eines komplexen und multifunktionalen Ortes, als Zentrum des sozialen Zusammenhaltes der Gemeinde, verbindet Schule als Ort des Lernens mit der Möglichkeit zu ehrenamtlichen Engagement und einem vernetzten Gemeinwesen.

5.5 Fazit: Eine realisierbare Schule der Zukunft als Grundlage für die Entwicklung des Schulnetzes

Ziel einer Zukunftswerkstatt ist es nicht nur, Ideen und Visionen zu generieren, sondern darauf aufbauend realisierbare Konzepte zu entwickeln. In diesem Kontext stand auch die Eingangsfrage der Zukunftswerkstatt: Wie könnte eine realisierbare Zukunftsschule als Grundlage der Schulnetzplanung und als Projektskizze zur Weitergabe an Dritte aussehen? Dem Gedanken einer staatlichen Modellschule liegt insgesamt die Idee zugrunde, gerade aus dem demografischen Trend im ländlichen Raum neue Qualitäten der Bildungsvorsorge im Grundschulbereich zu gewinnen. Sinkende Schülerzahlen werden so nicht als defizitäres Phänomen, sondern als Chance für eine qualitativ hochwertige und individuellere Bildung betrachtet. Dazu wurden folgende Eckpunkte als besonders wichtig herausgestellt:

- Das gegenwärtig bereits praktizierte Waldschulkonzept soll konzeptionell weiter ausgebaut werden und profilbildend bzw. identitätsstiftend für die Wehlener Schule wirken („Kinder lernen draußen“, „Kinder bauen und entwerfen Lehrpfade“, „Hütten im Wald von Kindern gebaut“, Campen, Lagerfeuer, Lesenacht im Wald“). Hier bieten sich Möglichkeiten, abstrakte Lerninhalte durch die praktische Wahrnehmung zu ergänzen. Darüber hinaus soll das Waldschulkonzept auch überregional bekannt gemacht werden. Angestrebt werden Kooperationen mit regionalen Akteuren (Nationalparkverwaltung, Forstamt), um so den Lernort Schule auf den Naturraum zu erweitern.
- Neben der Entgrenzung des Lernortes Schule sind mit der Etablierung des Ganztagsangebotes auch erste Schritte in Richtung einer Flexibilisierung der zeitlichen Struktur des Unterrichts erfolgt. Neben modularen Unterrichtsangeboten bietet sich so die Möglichkeit, die Zeitstruktur an die jeweiligen Lerninhalte und die individuellen Leistungskurven der Kinder anzupassen. Auch können über ein modulares oder projektorientiertes Unterrichtskonzept in einem Verbund kleiner Schulen Lehrkapazitäten wirtschaftlich effizienter genutzt werden. So ist es durchaus denkbar, dass einzelne Lehrer an mehreren Schulen Projekte betreuen bzw. über die Einbindung von ehrenamtlichen Senior-Coaches neue Betätigungsfelder für ältere Menschen erschlossen werden und der Dialog der Generationen neu belebt wird.
- Vor dem Hintergrund der prognostizierten Geburten- und Schülerzahlen wurde eine zumindest teilweise Auflösung der Klassenverbände für sinnvoll erachtet („klassen-

übergreifende Gruppen“), um einerseits eine Anpassung an die demografische Situation im ländlichen Raum zu erreichen und andererseits Spielräume für die qualitative Entwicklung schulischer Bildung zu ermöglichen. Durch die Aufweitung der traditionellen Klassenstruktur wird dem einzelnen Schüler mehr Raum gegeben, nach seinen individuellen Bedürfnissen zu lernen, aber auch sein altersspezifisches Wissen an andere weiter zu geben sowie die Übernahme sozialer Verantwortung zu erproben.

- Schule soll „für alle da sein“ und nicht schon im Grundschulalter nach Begabung selektieren. Diese fundamentale Anforderung an Bildung setzt sich aus Sicht der Teilnehmer der Zukunftswerkstatt auch über die Jahrgangsstufe 4 fort. So wurde es für wichtig erachtet, trotz des dreigliedrigen Schulsystems in Sachsen, Konzepte zu entwickeln, die ein gemeinsames Lernen bis zur Klasse 8 ermöglichen.
- Schule ist in erster Linie für die Kinder da. Daher sollten Strukturen und Möglichkeiten geschaffen werden, Kinder stärker in das Zentrum schulischer Aktivitäten zu rücken. Ein stärkerer Fokus der Bildungsorganisation auf die Interessen und Bedürfnisse der Kinder darf selbstverständlich den staatlichen Bildungsauftrag nicht unterlaufen. Ziel sollte es jedoch sein, dass Kinder gern und freiwillig zur Schulen gehen und sich stärker mit *ihrem* Schulkonzept identifizieren („Kinder erarbeiten eigenständig Projekte“; „Kinder nehmen aktiv an der Planung und Gestaltung von Unterrichtsinhalten teil“; „Mitgestaltung der Essensplanung“; „ganzheitlicher Unterricht – Schulgarten/ Ernte/ Kochen“)
- Großer Bedarf wird bei der Weiterbildung der Lehrer gesehen. Hier geht es vor allem um die Vermittlung innovativer Lehr- und Unterrichtsmethoden, die auf die Anforderungen einer modernen Schule abgestimmt sind.
- Das schulische Bildungsangebot darf nicht isoliert in der Gemeinschaft stehen, sondern sollte innerhalb eines starken, regionalen Netzwerkes aus Kitas, Verbänden/ Vereinen, der regionalen Wirtschaft sowie der Kommune agieren. Die frühzeitige Einbindung der Schüler in das gesellschaftliche Leben eröffnet nicht nur Zukunftsperspektiven und -chancen, sondern trägt auch zu einer gelingenden Sozialisation der Schüler bei.
- Schule hat neben ihrer traditionellen Aufgabe zunehmend auch Verantwortung für die Organisation und Ausgestaltung der Freizeit der Kinder (Ganztagsangebote). In diesem Zusammenhang wurde über ein „Haus der Generationen“ nachgedacht, welches als komplexer, multifunktionaler Ort die Vernetzung verschiedener Altersgruppen fördert und gleichzeitig Schnittpunkte zur Schule zur Verfügung stellt.

5.6 Ausblick

Die Zukunftswerkstatt „Wehlen macht Schule“ gab den beteiligten Eltern, Lehrern und regionalen Akteuren die Möglichkeit, ihre Kritiken und ihre Visionen zu kommunizieren. Mit besonderem Fokus auf der Entwicklung eines tragfähigen Schulkonzeptes für den ländlichen Raum, sollen in einem weiteren Workshop die inhaltlichen Forderungen weiter ausformuliert werden und in ein realisierbares Konzept übertragen werden.

Parallel werden im Rahmen des Projektes „Kleine Grundschulen im ländlichen Raum“ Experten aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung befragt, um auch diese Problemsicht in die Projektarbeit einfließen lassen zu können.

Ziel ist es, visionäre Ansätze auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen und schließlich zu verifizieren. Dazu wird das Projekt gezielt auf die aktuelle regionalpolitische Agenda gesetzt, um schon frühzeitig auf einen Konsens zwischen dem zu entwickelnden Schulkonzept und den politischen Handlungserfordernissen hinzuwirken.

6 Problemwahrnehmung und Handlungsstrategien von Experten

6.1 Auswertung der ersten Befragungswelle

Bildungsinstitutionen müssen sich heute in einem Netzwerk pädagogischer, bildungspolitischer, kultureller, gesellschaftlicher und ökonomischer Interessen verorten. Unsere These formuliert, dass aus Sicht verschiedener Expertengruppen (Politiker, Verwaltung, Wissenschaft) eine Vielzahl, sehr heterogener Meinungen und Lösungsvorschläge über die Ausgestaltung von Bildung herausgestellt wird. Nur durch die Öffnung eines weiten Reflexionshorizonts lassen sich jene Spielräume und Optionen für professionelles Entscheiden und Handeln gewinnen, die der Komplexität einer Bildungsplanung für den ländlichen Raum gerecht werden. Die darin enthaltenen Widersprüche gilt es zielführend und praxistauglich zu vermitteln.

In der ersten Befragungswelle wurden verbunden mit der Intention, ein möglichst breites Spektrum an Denk- und Handlungsoptionen zu erheben, acht offene Fragen zum Forschungsthema gestellt.

Das Antwortenspektrum der ersten Befragungswelle lässt sich mittels folgender Thesen zusammenfassen:

- Die Chancengleichheit im Sinne gleichwertiger, wohnortunabhängiger Zugangsmöglichkeiten muss oberstes bildungspolitisches Ziel in der Fortschreibung der Bildungsvorsorge im ländlichen Raum sein.
- Es ist aus ökonomischen und pädagogischen Motiven sinnvoll den Bildungsplan im ländlichen Raum anhand von Angebots- und Nachfragefaktoren auszurichten.
- Ein regionaler Schulstandort ist ein ausschlaggebender Faktor für die Neuansiedlung von Unternehmen sowie für Verbleib oder Zuwanderung junger Menschen.
- Schule ist ein zentraler Ort des Gemeindelebens.
- Die Bedeutung eines regionalen Schulstandortes ist für die Gemeinde in Relation zu den anfallenden Kosten eher gering.
- Weitere Schulwege, höhere Transportkosten und längere Ausbleibzeiten der Kinder sind Konsequenzen von Schulschließungen.
- Durch die Zentralisierung des Schulsystems wird eine bessere Bildungsqualität auf Grund effizienterer Bündelung von Ressourcen bereitgestellt.
- Mit der Schließung kleiner Schulen wird eine Chance der Entwicklung innovativer schülerzentrierter Schulkonzepte vertan.
- Mit dem Verlust eines Schulstandortes verliert manche Gemeinde ihre letzte staatlich ausfinanzierte soziale Institution und somit den Kristallisationskern des gemeindlichen Lebens.
- Die moderne Schule soll Kindern ein Verantwortungsgefühl für Gesellschaft und Umwelt vermitteln.
- Die moderne Schule soll eine ganztägige Betreuung von Kindern bereitstellen.
- Die moderne Schule soll spezifische Problemlagen von Kindern auffangen und auf dem Feld der Schulsozialarbeit professionell agieren können.

- Schule soll ein reiner Ort des Lernens sein. Daher sollte man dort auch nicht mehr und nicht weniger tun, als Bildung vermitteln.
- Bildung im ländlichen Raum lässt sich am sinnvollsten in kleinen Schulen mit innovativen, flexiblen Konzepten (jahrgangsübergreifender Unterricht, Projektarbeit etc.) nachhalten.
- Für den ländlichen Raum ist eine Zentralisierung des Schulnetzes die effizienteste Strategie. Die Mindestschülerzahl sollte dabei das grundlegende Kriterium bleiben.
- Die Entscheidung über Erhalt und Schließung muss nach vielfältigen Kriterien für den individuellen Fall entschieden werden.
- Der demografische Wandel muss als pädagogische Chance aufgefasst werden, in kleinen Klassen Schüler individuell zu fördern.
- Die demografische Entwicklung ist eine perspektivische Bedrohung für den Fortbestand regionaler Schulstandorte dar. Langfristig wird sich der Trend der Schließungen von Schulstandorten durchsetzen.

Folgende Kriterien sollten über Erhalt und Schließung von Schulstandorten Berücksichtigung finden:

- Schülerzahl
- Mögliche Kooperationen zwischen Kitas und Schulen
- Schülereinzugsgebiete
- Finanzierbarkeit
- Spezifische Bedeutung des Standorts Schule für die Gemeinde
- Besonderheiten des schulischen Konzepts
- Die Schulnetzplanung muss weiterhin von zentraler Institution fortgeschrieben werden.
- Neben den zentralen Institutionen sollte auf breiter Ebene mit allen beteiligten Akteuren (Gemeinde, Lehrer, Eltern etc.) nach individuellen Lösungen gestrebt werden.

Die Auswertung der ersten Befragungswelle legte in Hinblick auf die jeweilige Argumentation und empfohlene Strategie der Fortschreibung des ländlichen Grundschulnetzes vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung des Weiteren zwei Planungsmodelle (Idealtypen) frei: das *effizienzorientierte Mainstreammodell* und das *progressive Modell*.

(1) Das effizienzorientierte Mainstreammodell

Das effizienzorientierte Mainstreammodell betrachtet Schule weitestgehend losgelöst vom regionalen Kontext als eine Institution des gemeinsamen Lernens. Zur Bewältigung der demografisch angespannten Situation treibt es ein Zentralisieren des Schulnetzes voran, indem es sich auf eine Mindestschülerzahl von 15 Schülern pro Jahrgangsstufe als Kriterium für das Weiterbestehen von Standorten festlegt. Exemplarisch sei hier eine Antwort auf die Frage nach Strategien zur Bildungsvorsorge im ländlichen Raum zitiert:

„Die Frage ist zu kompliziert gestellt. In der Praxis ist es ganz einfach. Wo ein öffentliches Bedürfnis vorhanden ist (gleich ausreichende Schülerzahl nach der gesetzlichen Vorgabe von 15) wird langfristig ein Schulstandort erhalten bleiben.“

Eine Struktur von Grundschulbezirken dient als Grundlage der Erhebung der Schülerzahlen. Die Schulnetzplanung erfolgt zentral auf Verwaltungsebene. Die zurückgehenden Schülerzahlen erzwingen aus Gründen der finanziellen Tragfähigkeit, aber auch der Qualitätssicherung eine Konzentration der Schulstandorte. Zentralisierung bedeutet das Zusammenlegen von benachbarten Schulstandorten, mit dem Ziel einer effizienteren Auslastung. Diese Lösung impliziert Schulschließungen. Da sich die Entscheidung über die Fortführung oder Schließung eines Standortes momentan am ortsgebundenen Schüleraufkommen orientiert, leitet sich ab, dass Schulschließungen im effizienzorientierten Planungsmodell für die Standorte Wehlen, Rosenthal-Bielathal, Liebstadt und Müglitztal vorausgesagt werden können. Schulstandorte werden perspektivisch nur noch an den zentralen Orten des Landkreises zu finden sein.

Eine Bündelung der finanziellen Mittel bedeutet zwar weniger, aber besser ausgestattete, leistungs- und wettbewerbsfähigere Schulstandorte für den ländlichen Raum. So ist es auch denkbar, mit der Ausdünnung im Vorfeld der Entscheidung den Wettbewerb zwischen einzelnen Schulstandorten anzukurbeln, um eine Qualitätsselektion zu erreichen.

In diesem Sinne verfolgt das Planungsmodell das Ziel langfristig sicherer Standorte. Pädagogisch wird auf Basis der Forderung nach einheitlichen Bildungsstandards gegen flexible „Überbrückungsmodelle“ bzw. Sonderregelungen argumentiert. Genormte aber auch ausdifferenzierte Bildungsangebote lassen sich auf diese Weise einfacher und effizienter bündeln, als in einem dezentralen Netz kleiner Schulen. Daneben ermöglicht das Auseinanderfallen von Wohn- und Lernort Kindern schon in der Grundschulphase über den Tellerrand der Dorfgemeinde zu blicken, und Erfahrungen mit anderen Lebensräumen und Menschen zu sammeln.

Stärker als das pädagogische Argument wird jedoch die wirtschaftliche Ineffizienz von kleinen Schulstandorten thematisiert. Die Unterhaltung des Schulgebäudes ist in aller Regel für die Gemeinde ökonomisch unrentabel. Mit der Straffung der Schullandschaft genießen die Gemeinden zumindest kurzfristig gesehen eine finanzielle Entlastung ihrer kommunalen Haushalte. Ein Verlust oder Teilverlust an regionaler Identität und Qualität durch Standortschließungen wird erkannt. Als Entscheidungskriterium bleibt dieses Argument jedoch unreflektiert oder wird zu Gunsten einer Straffung der Schullandschaft und der darin identifizierten ökonomischen Vorteile (mit mehr Mitteln die wenigen Schulstandorte besser ausstatten) in Kauf genommen.

Kritik

Die Nachteile einer effizienzorientierten Lösung liegen auf der Hand. Mit längeren Distanzen zwischen Wohn- und Schulort und erhöhten Transportkosten ergeben sich bei der Zentralisierung von Schulstandorten Herausforderungen, die bedacht und bewältigt werden müssen. So steigt durch die Zentralisierung von Schulstandorten der Anteil der Schüler, die mit dem ÖPNV zur gleichen Zeit zu den Schulstandorten gebracht werden müssen. Hier empfehlen sich gestaffelte Schulanfangszeiten, um die strukturbedingte Ineffizienz zu entschärfen und den Schülertransport wirtschaftlicher zu gestalten.

Längere Wege bedeuten auch längere Ausbleibzeiten und somit eine Beschneidung der kreativen Freizeit für die Kinder und erzwingen eine Anpassung des familialen Alltags. Hier muss sich an verbindlichen Zumutbarkeitskriterien in Form empirisch überprüfbarer Entfernungsnormen orientiert werden.

Eine Diskussion vor dem Hintergrund der Standortqualität einer Gemeinde, mündet in das Argument, dass ein Wegbrechen eines Schulstandortes die Standortqualität negativ beeinflusst. Der Wegzug junger Familien, beziehungsweise der fehlende Schulstandort als Gegenargument für eine Zuwanderung, lassen sich als sichtbarste Folgen prognostizieren. Das wiederum hat sozialstrukturelle Folgen, weil dieser Mechanismus dem gegenwärtigen Trend der Schrumpfung und Überalterung ländlicher Regionen Vorschub leistet.

Darüber hinaus verlagert sich in Gemeinden ohne Schule durch das Auspendeln der jungen Menschen die Tagbevölkerung und somit deren sozialer Lebensmittelpunkt. Szenarien von Geisterdörfern durch die Aushöhlung des Sozialverbands Dorf und das Schwinden regionaler Identitäten und fehlender Peer-Beziehungen könnten die Folge sein. Auch bewährte Formen der gemeindlichen Jugendarbeit (junge Gemeinde, Feuerwehr, Naturschutzbund) wären mit einem Wegbrechen des Schulstandortes nicht mehr in ihrer herkömmlichen Form durchführbar. Hier müsste über neue Strategien zur Einbindung junger Menschen in das gemeindliche Leben nachgedacht werden. So müssten in jedem Falle Modelle entwickelt werden, die auf die sich wandelnden Bedürfnisse der Kinder im Falle einer Schulschließung zugeschnitten sind. All dies erfordert Zeit, Geld und Energie. Wie im vorangegangenen Abschnitt herausgearbeitet werden konnte, kann eine Grundschule gerade in räumlich gering verdichteten Gebieten wesentlicherer Standortfaktor sein, als in verdichteten Räumen. Es machte daher einen Unterschied einen Schulstandort im urbanisierten Gürtel oder einen Schulstandort im ländlich dominierten Raum zu schließen. Da sich die momentane Praxis der Fortschreibung des Schulnetzes an den Schüleraufkommen der vorgegebenen Schuleinzugsbereiche orientiert und daher gerade Schulstandorte in gering besiedelten Gemeinden als prekär einstuft werden entsteht hier eine Divergenz. Zu diskutieren wäre an dieser Stelle über eine Aufweichung der Schuleinzugsbereiche.

Mit der Schließung einer Schule verschwindet nicht nur ein Bildungsangebot, sondern vielfach ein Identifikationskern der Gemeinde. Es empfiehlt sich daher Standortentscheidungen mit den individuellen Entwicklungsleitbildern der Region abzustimmen.

Das zentralisierte Schulsystem begünstigt eine lokale Entmischung differenzierter Lebensaktivitäten der Einwohner und eine Verinselung kindlicher Aktivitäten. Ist das Leitbild des Dorfes ein komplexer Ort von Arbeiten, Wohnen, Schule und Freizeit überschneidet eine Schließung des Schulstandortes regionale Entwicklungsziele und -pläne.

(2) Der progressive Planungsmodell

Das progressive Planungsmodell betrachtet die Institution Grundschule eingebettet in den jeweiligen regionalen Zusammenhang und erkennt im Schulstandort Bedeutungsebenen, die die Funktion des gemeinsamen Lernens aufweiten. Es reflektiert über Standortentscheidungen in Dimensionen, die neben Infrastruktur und ökonomische Auslastung hinausragen und bindet in grundlegender Form die Entscheidungskriterien regionales Leitbild, Entwicklungspotenziale, Identität und Standortqualitäten ein.

„Die Schule ist in einer kleinen Gemeinde oft das Herz und die Seele des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Stirbt die Schule, wird Abwanderung verstärkt. Die Schule hat eine wichtige stabilisierende Funktion im ländlichen Raum.“

Neben diesen formellen Punkten fußen die Vorstellungen auf der räumlichen Chancengerechtigkeit im Zugang zu Bildung. Die Fortschreibung des Schulnetzes wird von Akteuren aller direkt oder indirekt betroffenen Ebenen (Politik, Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft, Gemeinde, Eltern, Pädagogen etc.) diskutiert.

Die demografische Entwicklung wird als Chance für innovative Konzepte und damit für eine höhere Bildungsqualität interpretiert.

Beispiele aus Skandinavien zeigen, dass eine international wettbewerbsfähige Schulausbildung auch bei geringerer Bevölkerungsdichte möglich ist. Dezentrale Konzepte bieten keine standardisierten Lösungen, sondern gehen auf die regionalen Besonderheiten, Entwicklungsleitbilder sowie die Bedürfnisse der lokalen Akteure ein. Ziel ist es, flexible Konzepte zu entwickeln, die ihre Nachhaltigkeit weniger aus einem langfristig gesicherten Schüleraufkommen (quantitative Nachfrage nach Bildung) beziehen, sondern aus der Fähigkeit zu einer kurzfristigen und dynamischen Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen. Als Zielkorridore hierfür sind Methoden des jahrgangsübergreifenden Unterrichts, Ganztagsangebote, Integration der Vorschule in den Regelschulbetrieb, Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Helfern und die Vernetzung mit regionalen Verbänden und der Wirtschaft denkbar. Möglich sind auch Schulkooperationen Innerhalb derer sich räumlich benachbarte Schulen Schulleitung, Verwaltung und Lehrpersonal teilen. Ebenfalls denkbar ist es beispielsweise 1. und 2. Klasse an einem Standort und 3. und 4. Klasse am benachbarten Standort zu unterrichten.⁸ Die Zielkorridore sollen an dieser Stelle lediglich die Bandbreite möglicher sinnvoller Anpassungen ausleuchten und je nach speziellem Bedarf individuell fortgeschrieben und erprobt werden.

Ökonomisch stützt sich das Modell auf das Argument die „demografische Rendite“ wieder in Bildung zu investieren.

Kritik

Wohnortnahe Schulen halten im Gegensatz zu einem zentralisierten Schulsystem günstigere Transportkosten und -zeiten vor. Sie stehen auch für den Grundgedanken der Chancengerechtigkeit durch gleiche, wohnortunabhängige Bildungschancen.

Seit Pisa wird ein konzeptionelles Umdenken an staatlichen Bildungseinrichtungen gefordert. Der progressive Lösungsansatz ist daher nicht als bloßes Mittel zum Zweck der Standortsicherung einer Bildungsinstitution zu identifizieren. Vielmehr fußt hier die Idee, den demografischen Wandel als Chance und Ressource für einen qualitativen Anstieg der Bildungsqualität zu nutzen. Wissenschaftlich lassen sich zahlreiche Belege für den pädagogischen Erfolg oben genannter Konzepte finden. Ein Lösungsansatz von Rösner (2004) beschäftigt sich mit übergreifenden Anteilen. Dazu wäre es erforderlich, den Schulstandort nicht mehr mit *einem* Bildungsgang gleichzusetzen, sondern Bildungsgänge als Bestandteile von Schule zu organisieren.

Der oben beschriebenen Maxime einer Chancengerechtigkeit im Zugang zu Bildungseinrichtungen innerhalb einer dezentralen Grundschullandschaft nur dann entsprochen werden, wenn das Schulkonzept auf den Lehrplan abgestimmt ist. Die Umgestaltung der derzeitigen Schulstruktur auf die veränderten quantitativen Schüleraufkommen, sowie die Evaluierung innovativer Lehrmodule in Hinblick auf deren Bezug auf zentral vorgegebene Lehrpläne stellt daher eine herausragende Chance für eine nachhaltige Bildungsvorsorge, zugleich aber auch eine ebenso große Herausforderung dar. Jedes Schulkonzept muss einem Vergleich der Bildungsqualität zu Schulen in dicht besiedelten Räumen standhalten und gleichzeitig in seiner strukturellen Organisation so flexibel konzipiert sein, dass es mit schwankenden beziehungsweise konstant niedrigen Schülerzahlen funktionieren kann.

⁸ Diese Handlungsoption deckt sich auch mit einem Lösungsansatz, der in der Wehlener Zukunftswerkstatt von den Wehlener Bürgern kommuniziert wurde (Ausdehnung der Grundschule bis Klasse 8 oder 10) vgl. Visualisierung Zukunftswerkstatt

Niedrigere Richtwerte von Klassenstärken erfordern faktisch den Preis eines in der Relation höheren Lehrbedarfs, was mit Blick auf die öffentlichen Finanzen kein Nebenaspekt ist, dem jedoch mit dem oben genannten Argument der demografischen Rendite begegnet werden kann. Bildung würde in diesem Sinne nicht teurer.

Ein weiterer Kritikpunkt fußt auf der fragwürdigen Kontinuität und Nachhaltigkeit kleiner Schule. Je kleiner eine Schule ist, desto unausgewogener sind die Rahmenbedingungen des Unterrichts.⁹ Eine Pilotwoche zum jahrgangsübergreifenden Unterricht an der staatlichen Grundschule in Wehlen bekam hingegen ein durchaus positives Feedback von Seiten der Lehrerinnen. Dennoch sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass ein qualitätvoller jahrgangsübergreifender Unterricht eine entsprechende Schulung der Lehrer voraussetzt. Der Übergang zum Konzept einer kleinen Schule kann nur sehr kleinschrittig vorangetrieben werden.

Die progressive Lösung kann nur mittels Protektion und Engagement von Gemeinde, Eltern und regionalen Verbänden vorangetrieben werden

Bisher zeigte sich bis jetzt ein erheblicher Informationsbedarf der Bürger bezüglich Problemlage und möglichen Lösungspraktiken. Informationsveranstaltungen und Zukunftswerkstätten haben sich hier als probate Mittel bewährt, die Betroffenen auf das Thema zu sensibilisieren, ohne sie damit zu überfahren. Die Begleitforschung kann hier die Rolle des Moderators zwischen Experten und Bürgern besetzen.

6.2 Auswertung der zweiten Befragungswelle

In der zweiten Befragungswelle wurde das Antwortenspektrum der ersten Welle als Thesen zur Beurteilung angeboten. Die Bewertung der Thesen erfolgte auf einer 5-stelligen Bewertungsskala von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“.

Die Intention bestand in erster Linie darin, den Befragten durch den Impuls der Meinungen der anderen Experten die Möglichkeit eines anonymen Feedbacks auf die Lösungsstrategien der anderen Teilnehmer zu geben und mit der nochmaligen kognitiven Auseinandersetzung mit dem Gegenstand der Frage ihre Aussagen zu qualifizieren.

Für uns war von besonderem Interesse, in wie weit die Experten ihrer Argumentationslinie (effizienzorientierter Mainstream, progressiver Planungstyp) treu bleiben beziehungsweise, in wie weit sie sich durch die Thematisierung bisher nicht beachteter Aspekte auf die Visionen und Ansichten anderer Experten zubewegen.

Eine Differenzierung im Antwortverhalten ließ sich beim Planungstypen des effizienzorientierten Mainstream nachweisen. Hier lässt sich ein stark *konservativ*¹⁰*effizienzorientierter* Cluster identifizieren, der nach der Rezeption anderer Meinungen von seinem in der ersten Welle kommunizierten Meinungsbild nicht abrückt, während der andere Teil (*opportuner Mainstream*) sehr vielen Ideen und Strategien, die in der ersten Welle dem progressive Handlungstyp zuzuordnen waren, zustimmt. Besonders in den Leitbild- und Standortfragen, wie auch bei den pädagogischen Vorteilen innovativer Ideen, wie kleine Klassen oder jahrgangsübergreifender Unterricht ließen sich im Vergleich zu den Antworten aus Welle Eins Zustimmungen kontrastieren.

⁹ Vgl. Rösner

¹⁰ Der Terminus „konservativ“ ist hier und im Folgenden im Sinne eines unverändert kommunizierten Meinungsbildes zu lesen.

Auf diesen Ergebnissen fußt unsere These, dass der opportune-Mainstream-Typ in der Schulstandortfrage ad hoc innerhalb eines engen Horizonts agiert, diesen aber durch erweiternde Impulse bereit ist zu öffnen. Der konservativ-effizienzorientierte Planungstyp hingegen scheint bereits im Vorfeld über die mehrdimensionalen Argumentations- und Entscheidungsebenen im Bilde zu sein und verortet seinen Schwerpunkt bewusst auf seinem in Welle Eins kommunizierten sehr ökonomisch-rationalen Entscheidungshorizont.

Die in Welle Eins als progressiv identifizierten Planungstypen zeichneten sich, wie oben dargelegt durch eine Strategie der Standortentscheidung aus, die in weiteren Dimensionen als der Schülerzahl ansetzt. Diese Denkweise findet in Welle Zwei ihre Bestätigung. Darüber hinaus lassen sich unterschiedlich schwer gewichtete Problemhorizonte herauslesen.

Während ein *pädagogisch progressiver* Typ seinen Schwerpunkt auf die didaktischen Chancen legt, mit weniger Kindern eine qualitativ höhere Bildung zu erreichen, ist dem *sozialräumlich progressiven* Handlungstyp der Erhalt des Standorts Schule als solcher von immenser Bedeutung. Den pädagogischen Konzepten von kleinen Schulen tritt er zwar aufgeschlossen, jedoch zurückhaltend gegenüber.

Abb. 7: Planungstypen

Konservativ-effizienzorientiert	Opportun-Mainstream	Pädagogisch-progressiv	Sozialräumlich-progressiv
Leitziele: (1) wenige, jedoch gut ausgebaut Standorte – Ressourcenbündelung (2) Chancengerechtigkeit im Sinne gleicher Bildungsstandards	Leitziel: stark abhängig von Impulsen der sozialen Umwelt Eng gestecktes, auf mittelfristig ökonomische Ergebnisse orientiertes Argumentationsmuster	Leitziele: (1) höhere Bildungsqualität durch innovative meist schülerzentrierte Schulkonzepte (2) Chancengerechtigkeit im Zugang zu Bildungschancen	Leitziele: (1) Erhalt des Schulstandorts (2) kurze Schulwege
Mittlerziel: (1) Anpassung der Grundschullandschaft an die Schülerzahlen (2) keine Sonderregelungen	Mittlerziel: ähnlich variabel wie Leitziel	Mittlerziel: kleine Schulen	Mittlerziele: (1) Sonderregelungen (2) flexible Übergangsmodelle
Entscheidungskriterium: Mindestschülerzahl	Entscheidungskriterium: variabel	Entscheidungskriterium: schulinternes Curriculum	Entscheidungskriterien: (1) Leitbild der Gemeinde (2) Standortfaktor (3) Entfernungsnorm
- Weiß um die Diskussionen der soziostrukturellen Bedeutung von Schulstandorten für die Gemeinden, stellt diese jedoch hinten an - Argumentiert und handelt ökonomisch	- Argumentiert und handelt zunächst wie der konservativ-effizienzorientiert Typ - Erweitert jedoch nach Impulsen (Standortfaktor, regionales Leitbild, pädagogische Ressourcen kleiner Schulen) das Tableau seiner Entscheidungskriterien und nähert sich den progressiven Handlungstypen an	-Investition der demografischen Rendite in Bildung	
Entscheider der SNP: zentrale Institution			Entscheider der SNP: möglichst alle beteiligten Akteure

6.3 Ableitbares Stimmungsbild

Mehr als die Hälfte der Befragten sieht in der regionalen demografischen Entwicklung eine perspektivische Bedrohung für die jeweiligen Schulstandorte. Gleichzeitig wird ein Handlungsbedarf erkannt, dessen Bewältigungsstrategien jedoch wie oben gezeigt in verschiedene Richtungen zwischen konsequenter Zentralisierung der Schullandschaft und ausnahmsloser Erhaltung aller verbleibenden Schulstandorte zerfallen. Das Gros der Antworten, signalisiert jedoch zumindest Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Ideen zum Zwecke von Standorterhaltungen, um der besonderen Situation im ländlichen Raum Rechnung zu tragen.

Die Mehrheit der Befragten verortet die Chancengerechtigkeit im Sinne gleichwertiger, wohnortunabhängiger Zugangsmöglichkeiten als oberstes bildungspolitisches Ziel bei der Fortschreibung der Bildungsvorsorge für den ländlichen Raum und votiert als Reaktion auf geringe Schülerzahlen daher konsequent für kleine Schulen mit innovativen und flexiblen Konzepten. Die Mehrzahl erkennt im demografischen Wandel neben den dargelegten Herausforderungen eine Chance, die Schulbildung durch frei werdende Ressourcen qualitativ zu erhöhen. So findet die These, dass mit der Schließung kleinerer Schulen eine Chance für die Entwicklung innovativer und schülerzentrierter Schulkonzepte vertan wird, eine hohe Zustimmung. Erstaunlicher Weise befürwortet eine vergleichsweise beinahe ebenso große Mehrheit (ca. 70 %) die Strategie, den Bildungsplan in erster Linie an den Angebot- und Nachfragefaktoren auszurichten und die Mindestschülerzahl von 15 Kindern als grundlegendes Kriterium beizubehalten. Bei der These, die Zentralisierung des Schulsystems ermögliche durch die Bündelung der Ressourcen eine höhere Bildungsqualität lässt sich hingegen keine charakteristische Mehrheit ausmachen. Die Antworten sind hier über alle fünf Antwortkategorien nahezu gleich verteilt.

Weitere Kriterien, die zur Entscheidung über Erhalt beziehungsweise Schließung von Schulen als sehr wesentlich bewertet wurden, hier genannt in der Reihenfolge ihrer Anteile am Meinungsspektrum, sind:

- Schülereinzugsgebiete (ca. 80%),
- Spezifische Bedeutung des Schulstandortes für die Gemeinde (ca. 70%)
- Besonderheiten des schulischen Konzepts (ca. 50%)
- Mögliche Kooperationen zwischen Kitas und Schule (ca. 40%)
- Finanzierbarkeit (ca. 40%)

Die Konsequenzen weiterer Schulwege, höherer Transportkosten und längerer Ausbleibzeiten der Kinder im Falle von Standortschließungen finden in der Befragung ihre Bestätigung. Ebenso wird die Aussage des Verlustes der Standortqualität und der Lebensqualität im Falle einer Schulschließung als Konsequenz bestätigt. Konservative wie auch Progressive Meinungsträger erkennen in der Schule einen überragenden weichen Standortfaktor für die Gemeinde, im Sinne der Ansiedlung von Unternehmen und der Zuwanderung junger Familien in die Region. Darüber hinaus wird die Schule als zentraler Kristallisationspunkt des kulturellen Lebens einer Gemeinde und Identitätsmultiplikator identifiziert.

Die Meinungen über die Funktionen der Schule sind hingegen bipolar verteilt. Konservativ ausgerichtete Experten betonen in besonderem Maße die klassischen, in diesem Sinne historisch gewachsenen Aufgaben von Schule, wie Erziehung, Betreuung und Wertevermittlung, während der progressive Teil die Förderung von Eigenverantwortung, Selbstbewusstsein und Identität der Kinder als wesentliche Aufgaben von Schule betonen.

Daneben wird Schule auch als Ort kultureller und Generationen übergreifender Aktivitäten gesehen.

Deutlich zweigeteilt sind die Meinungen zu der Frage, welche Akteure an der Schulnetzplanung perspektivisch partizipieren sollten. Die konservativ ausgerichteten Befragten, sprechen sich für institutionalisierte Entscheidungsträger auf Verwaltungsebene aus. Der andere Teil der Befragten plädiert für eine Diskussion auf breiterer Ebene mit allen betroffenen Akteuren, wie Eltern, Kommune, regionale Wirtschaftsvertreter, Wissenschaftler u. a. und plädiert so für umfassende Partizipationsmodelle bei der Schulentwicklungsplanung.

7 Handlungsansätze zur Gewährleistung einer nachhaltigen Grundschulvorsorge im ländlichen Raum – Eine Entscheidungsmatrix für prekäre Standorte

In der Sächsischen Schweiz stellt die Bildungsvorsorge in Anbetracht der, wie eingangs aufgezeigt, konstant niedrigen Geburtenzahl und einer negativen Migrationsrate, die wiederum besonders bei jungen Familien zu verzeichnen ist, eine zunehmende Herausforderung dar. So werden in den nächsten Jahren in den Gemeinden mit prekären Schulstandorten Standortentscheidungen auf Grund eines zahlenmäßig veränderten Bedarfs an Schulstandorten zu erwarten sein und Diskussionen über Schließung und Erhalt Insignien regionaler Politik.

Mit dem Rückgang der Schülerzahlen korrigiert sich *die* grundlegende Rahmenbedingung für die Fortschreibung von Bildung auf dem Grundschulsektor in nachdrücklicher Weise nach unten, die eine Diskussion um progressive Planungsmodelle unumgänglich macht.

Aus Zukunftswerkstatt und Expertenbefragung lässt sich ein Tableau sehr heterogener Meinungen und Lösungsvorschläge verschiedener Interessengruppen über die perspektivische Bildungsfortschreibung generieren, das wie oben dargestellt in einem Kontinuum zwischen zwei idealtypischen Planungsmodellen -

(1) Effizienzorientiert: Zur Bündelung von Ressourcen und Effizienzsteigerung hinsichtlich einer quantitativen Auslastung der Schulstandorte wird eine weitere räumliche Zentralisierung des Grundschulsystems forciert

(2) Progressiv: Zur Sicherung dezentraler Schulstandorte und Gewährleistung schülerzentrierter Bildung werden Schulkonzepte im Sinne kleiner Schulen entwickelt

- zirkuliert.

Wie das vorangegangene Kapitel zeigte, lassen sich für beide Modelle sowohl pädagogisch als auch ökonomisch begründbare Argumente finden. In diesem Sinne gibt es keine prinzipiell richtige Strategie. Vielmehr sollen die Widersprüche zielführend und praxistauglich im Sinne eines Win-Win-Verfahrens vermittelt werden. Standortentscheidungen müssen sich – wie oben gesagt – in einem Netzwerk pädagogischer, bildungspolitischer, kultureller, gesellschaftlicher und ökonomischer Interessen verorten. Nur durch die Öffnung eines weiten Reflexionshorizonts lassen sich jene Spielräume und Optionen für professionelles Entscheiden und Handeln gewinnen, die der Komplexität einer Bildungsplanung für den ländlichen Raum gerecht werden. Der angestrebte Konsens soll dabei nicht als Notlösung im Sinne einer Duldung oder Tolerierung von Bildungsangeboten in der ländlichen Region verstanden werden. Vielmehr sollen Defizite kompensiert, Ressourcen gebündelt und neben der nachhaltigen Sicherung von Schulstandorten auch die Bildungsqualität gesichert und entwickelt werden.

Übergeordnetes Anliegen unsererseits ist es, Wege zu diskutieren, wie eine finanzierbare bedarfsgerechte Versorgung mit Grundschulstandorten sichergestellt werden kann. Dabei ist der Bedarf sowohl quantitativ als auch qualitativ zu verstehen. Das Forschungsprojekt „Bildungsvorsorge im Ländlichen Raum“ fußt auf dem Ziel, Handlungsoptionen und Entscheidungskriterien zu entwickeln, die unvermeidliche Leistungsmodifikationen und Einsparungen mit optimierten Erreichbarkeitsmodellen und Angeboten verbinden, um zum einen die Bildungsvorsorgequalität nachhaltig sicher zu stellen und zum anderen die Besonderheiten und Interessen von Kulturregionen berücksichtigen. Ausgehend vom quantitativen Bedarf stellen die prognostizierten Werte der Geburtenentwicklung und die daraus

abgeleitete Zahl der potenziellen Schüler nach wie vor ein wesentliches Kriterium für die Schulentwicklung dar, sonst passierte sie im luftleeren Raum. Sowohl kurzfristig wie auch langfristig werden sie Wirkung auf die Gestaltung des Schulnetzes haben.

Betrachten wir nun die den qualitativen Bedarf an Grundschulstandorten, dem ein unhinterfragtes Schließen von Standorten aufgrund nicht erreichter Mindestschülerzahl widerspricht. In diesem Sinne schlagen wir auf einer zweiten Entscheidungsebene ein Prüfungsverfahren vor dem Hintergrund weiterer wesentlicher Kriterien von Standortfragen vor, die dann in das Ergebnis einer Sonderregelung in Form von „kleinen Schulen“ oder in eine Standortschließung münden können. Die Idee ist ein Planungsverfahren zur strategischen und nachhaltigen Standortentscheidung, das sich aus Handlungsempfehlungen verschiedener Experten und der spezifischen Problemwahrnehmung der Akteure des ländlichen Raums konstituiert, und welches nach wie vor von zentralen und damit unabhängigen Institutionen praktiziert werden kann. Dieses vornehme Ziel mündet in den Entwurf einer Entscheidungsmatrix, die die hierfür erforderlichen Entscheidungsprozesse strukturiert.

Abb. 8: Konservatives Planungsmodell

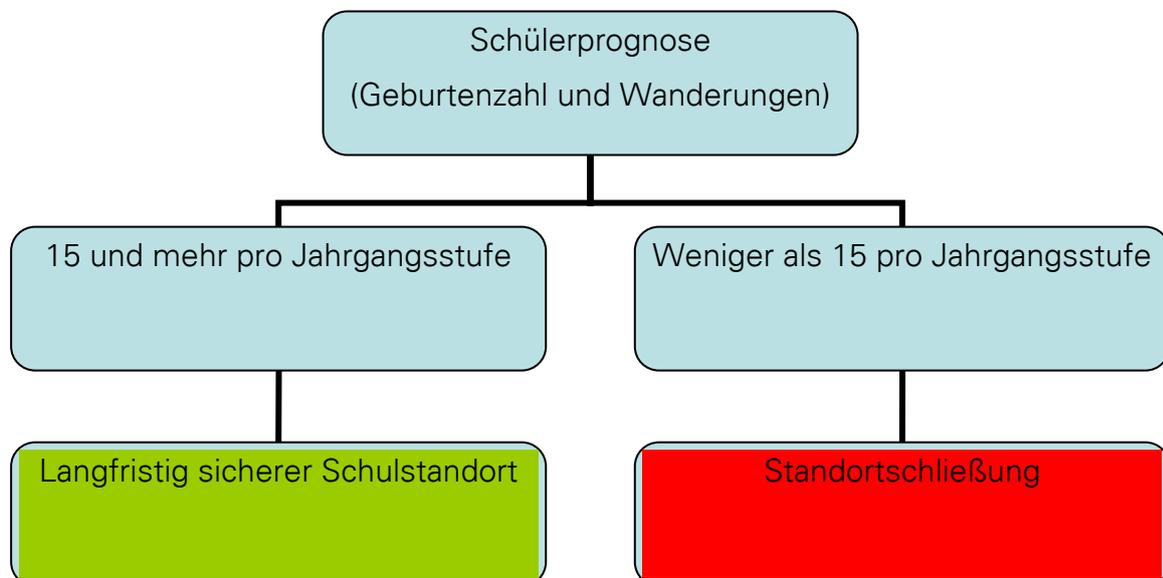
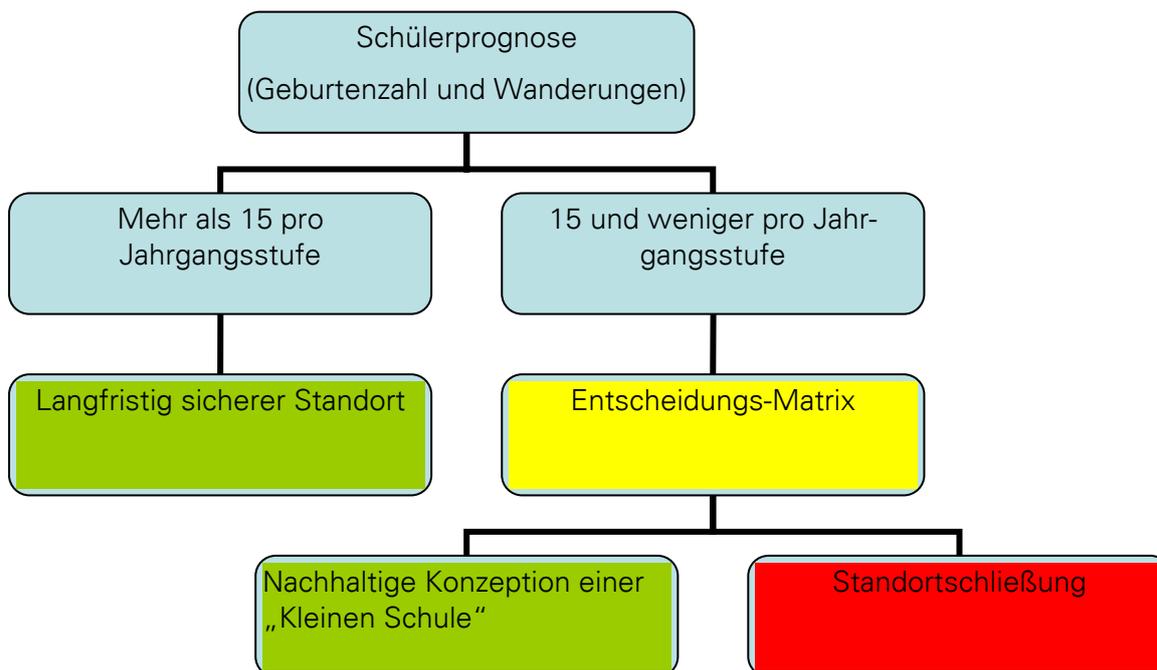


Abb. 9: Planungsmodell mit Entscheidungsmatrix



Die Matrix wirkt somit als strategischer Radar für die Chancen und Risiken eingangs identifizierter prekärer Schulstandorte. Inspiriert durch die Ansichten und Werthaltungen unterschiedlicher regionaler Akteure und Experten berücksichtigt sie ein breites Spektrum künftiger lokaler Rahmenbedingungen und Kooperationspartner. In dem Sinne werden relevante Informationen für die Standortentscheidung gebündelt und Komplexität reduziert.

In eben dieser Logik unterscheidet sich unser Ansatz vom Thüringer Bottom-Up-Verfahren¹¹, indem es die Entscheidung auf der zentralen Ebene belässt, den Entscheidungsrahmen aber den individuellen Problemlagen jedes einzelnen Standortes öffnet. Da die einzelnen Schulstandorte innerhalb einer Verwaltungsregion in gegenseitiger Abhängigkeit stehen halten wir das Bottom-Up-Verfahren für eine Strategie, die der Emergenz eines regionalen Schulnetzes nicht hinreichend gerecht werden kann. Zwar würde mit der Aufhebung der Schulbezirke der Wettbewerb gefördert, doch geschieht dies um den Preis des gegenseitigen Abwerbens von Schüleranmeldungen. Die eine Schule würde der anderen Schule Wolf. Das Primat des schulischen Curriculums setzte hier vor allem sozialräumliche Entscheidungskriterien in eine Patt-Position. Uns geht es hingegen um das Zusammenspiel der verschiedenen Dimensionen, die in einer Matrix zusammenlaufen.

¹¹ Seit 2004 gilt für die Schulnetzplanung im Saale-Orla-Kreis ein Konzept, das die Profilierung und den Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen fördern soll. Notwendige Voraussetzung für die Umsetzung dieses Konzepts ist die Aufhebung der formalen Schulbezirke. Damit haben die Schüler die Möglichkeit einer freien Schulwahl innerhalb ihres Landkreises. Der Schulträger stellt die Unterlagen zur Erarbeitung bzw. zum Beschluss der Schulen zur Organisation zur Verfügung. Schulschließungen können nur noch vom Schulträger selbst beschlossen werden. Vgl. Freie Planungsgruppe Berlin GmbH (2004): Abschlussbericht – Kleine Schulen in der Modellregion Ostthüringen. (27-30)

Folgende Kriterien halten wir bei der Entscheidung über Grundschulstandorte für wesentlich:

- Schülerlogistik
- Einzugs- bzw. Entfernungsnormen
- Bewertung der jeweiligen Bedeutung des Standortfaktors Schule
- Entwicklungspotenziale und Leitbilder der Region
- Nachhaltigkeit
- Schulinternes Curriculum

Die aufgeführten Kriterien stehen in gegenseitiger Abhängigkeit und sollten in ihrem Zusammenspiel die Handlungsstrategie bestimmen. Im folgenden sollen sie jedoch isoliert voneinander operationalisiert werden.

7.1 Schülerlogistik

Zur Aufrechterhaltung eines funktionierenden Grundschulsystems ist es zu gewährleisten, dass alle Kinder zu Unterrichtsbeginn den Schulstandort erreicht haben. Ebenso muss bei Schulschluss der Rücktransport zum Wohnort sicher gestellt sein. Dies erfordert eine hohe strukturelle und finanzielle Kapazitätsvorhaltung.

Der ÖPNV stellt in den meisten Schulbezirken das Rückgrat des Schülertransportes dar. Der morgendliche und nachmittägliche Schülerverkehr führt zu einer Spitzenbelastung des öffentlichen Nahverkehrs. Im Falle einer Entdichtung des Grundschulnetzes wären mehr Schüler länger zu ihren Schulstandorten unterwegs. So müssen im Falle einheitlicher Schulanfangszeiten nahezu alle Schüler der Region zu einem Zeitpunkt (8.00 Uhr) in einer Schule sein. Entsprechende infrastrukturelle Entlastungen würde hingegen eine Schulstruktur bieten, welche (1) die Angewiesenheit der Schüler auf den ÖPNV gering hält und (2) eine zeitliche Anpassung der Anfangs- und Endzeiten entsprechend den ÖPNV-Umläufen, im Sinne einer zeitlichen Entzerrung ermöglicht.

7.2 Einzugs- und Entfernungsnormen

Das Kriterium der Einzugs- und Entfernungsnorm fußt auf dem Handlungsfeld einer Chancengerechtigkeit zu Bildungsangeboten im räumlichen Sinne, welches postuliert, Kindern unabhängig ihres Wohnortes einen räumlich zumutbaren Zugang zur Grundschule zu ermöglichen. Kinder in gering verdichteten Gemeinden müssen im Schnitt bereits heute einen längeren Schulweg zurücklegen, als Kinder in enger besiedelten Räumen.

Trotz erheblicher Bedeutung der Einzugsbereiche für die Standortstruktur und die Kosten der Infrastrukturbereitstellung finden sich für die Erreichbarkeit von Grundschulen keine uns bekannten amtlichen Richtlinien oder Empfehlungen. Häufig wird die eher vage Umschreibung „wohnnah“ verwandt, um Erreichbarkeit auszudrücken.

Die Erreichbarkeitsnorm ist nur dann wirklich zielführend, wenn sie empirisch überprüfbar ist. Sie lässt sich in Entfernungs- oder in Zeitgrößen messen. Das BMVBS (2006) empfiehlt folgende formale Definitionansätze:

- Mit Hilfe einer absoluten Obergrenze (Kein Kind soll es weiter als ...km zum nächsten Schulstandort haben)

- Mit Hilfe gestaffelter Marken (50 Prozent der Kinder sollen es nicht weiter als ...km, 75 Prozent der Kinder nicht weiter als ...km, 95 Prozent der Kinder sollen es nicht weiter als ...km zum nächsten Schulstandort haben)

Als zumutbare Entfernung zwischen Wohnung und Schule schlagen wir eine nicht zu überschreitende Distanz von 7 Kilometern vor. Damit verfügen Schüler im Grundschulbereich über einen sehr begrenzten Mobilitätsraum, der bei der Schulnetzplanung berücksichtigt werden muss. Versorgungsräume sollten eine Ausdehnung von 14 Kilometern in diesem Sinne nicht überschreiten.

Demnach ergibt sich die Notwendigkeit einer Minimalgröße eines Versorgungsraumes zur Ableitung von Aussagen zur Entwicklung des Schulstandortnetzes. Unerlässlich ist die Erfassung der räumlichen Beziehung der Schulstandorte.

7.3 Schule als Standortfaktor

Die Zahlen in Kapitel 3 belegen, dass junge Menschen aus ländlichen Regionen verstärkt abwandern und weniger zuwandern. Verantwortlich dafür ist in erster Linie das Fehlen von beruflichen Perspektiven in der Region. Daneben lässt sich die These aufstellen, dass persönliche Standortentscheidungen neben der angespannten Arbeitsmarktlage, vermehrt über weiche Standortfaktoren bestimmt werden. Ebenso lassen sich Unternehmer bei der Entscheidung für Firmenstandorte auch von weichen Standortfaktoren leiten.¹²

In den ländlichen Gemeinden sind Bildungsstandorte in diesem Sinne nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern haben weiter reichende soziokulturelle und ökonomische Funktionen. So kann der Schule, vor allem dann, wenn sie die letzte staatlich ausfinanzierte Einrichtung innerhalb der Gemeinde darstellt eine herausragende Bedeutung als Kristallisationskern der Region zukommen.

Schule funktioniert in diesem Sinne als ein Bezugspunkt des sozialen und kulturellen Lebens, der Vernetzung der regionalen Akteure vorantreibt und der sozialen Zusammenhalt in einer Region stärkt. Folgt man der eingangs aufgestellten These, stellen regionale Bildungsangebote als weiche Standortfaktoren ein wesentliches Kriterium für den Zu- oder Wegzug junger Familien sowie die Ansiedelung von Unternehmen dar. Ein Schulstandort ist folglich Synergiefaktor und hinreichend für das Prosperieren der Region.

Folgende Hypothesen wollen wir vor diesem Hintergrund als Impulse für Standortentscheidungen aufstellen:

- Ein Schulstandort als weicher Standortfaktor wird in der öffentlichen Debatte um Fortbestand bzw. Schließung von Schulstandorten unterschätzt.
- Ein Schulstandort hat in unterschiedlichen Typen von Gemeinden unterschiedlichen Bedeutungsgehalt.
- Räumlich gering verdichtete Gebiete werden sensibler auf eine Angebotsverschiebung von Grundschulen reagieren, als größere und komplexere Raumeinheiten, innerhalb derer sich räumliche Veränderungen leichter gegenseitig kompensieren.

¹² Busso Grabow führte für das DIFU 1995 eine Untersuchung zu weichen Standortfaktoren durch, wobei er die Bedeutung dieser für Standortentscheidungen belegen konnte. Grabow unterscheidet weiter zwischen unternehmensbezogenen Faktoren, die unmittelbare Wirkung auf die Unternehmenstätigkeit haben und personenbezogenen Faktoren, die persönliche Präferenzen zu bestimmten Wohn- und Arbeitsorten determinieren.

7.4 Entwicklungspotenziale und Leitbilder

Ein weiterer zu berücksichtigender Aspekt, in der Fortschreibung des Schulnetzes stellen die individuellen Entwicklungspotenziale und Leitbilder der einzelnen Gemeinden dar. Vorüberlegung zu diesem Kriterium ist ein Prozess der Individualisierung von Dörfern in Hinblick der Lösung aus traditionellen Bindungen und Gewissheiten, zu Gunsten eines eigenständigen und selbstverantwortlichen Wahrnehmens und Nutzen(-müssens) von Optionen im Modernisierungsprozess wie sie Beck/Beck-Gernsheim (1994) beschreiben. In diesem Sinne haben die Dorfgemeinden die Freiheit, gleichzeitig aber auch den Zwang sich in einem Leitbild neu zu verorten.

Der Begriff des Leitbildes soll dabei hilfreich sein, Dörfer auf einer abstrahierten Ebene in differenzierte Entwicklungstypen ordnen. Dabei haben die Leitbilder einen stark hypothetischen und manchmal sogar utopischen Charakter.¹³ Wesentliche Schwerpunkte eines Leitbildes könnten beispielsweise sein:

- eine politische administrative Selbstverantwortung
- eine angemessene lokale Infrastruktur
- eine Vielseitigkeit wirtschaftlicher Aktivitäten
- eine landwirtschaftliche Produktion
- ländliche Bauweise und regionalspezifische Bautradition
- bedeutende kulturelle und soziale Potenziale
- eine naturnahe und umweltfreundliche Siedlung
- eine starke Dorfgemeinschaft¹⁴

Neben diesen Schwerpunkten lassen sich in Leitbilddebatte auch in sich geschlossene Leitbilder wie Freizeitdorf¹⁵, Tourismusdorf¹⁶, Kurdorf¹⁷ oder Wüstung¹⁸ finden.

Die dörfliche Entwicklungsplanung ist gegenwärtig Bestandteil der integrierten ländlichen Entwicklungsplanung (ILE), die von verschiedenen Seiten her Möglichkeiten und Ressourcen der ländlichen Entwicklung fördert und zusammenführt. Daraus lassen sich zentrale Struktur Aspekte herausarbeiten, die für das Selbstbild und die Fortentwicklung der Gemeinde konstitutiv sind. Um diese Strukturlogiken zu entschlüsseln schlagen wir folgende Evaluationsaspekte vor:

- Welche Projekte wurden bislang gefördert und welche Projekte haben zu einer selbsttragenden Entwicklung beigetragen?
- Welche Entwicklungsoptionen sind aus den Ideen, Interessen, Wünschen und dem privaten Engagement der Einheimischen abzuleiten?
- Mit welchen Intentionen passiert Gemeindegearbeit?

¹³ vgl. Winkler (2004)

¹⁴ Winkler (2004)

¹⁵ Henschel (2004)

¹⁶ Grünberg/Jäckel/Peschek (2004)

¹⁷ Adam/Schattaneck (2004)

¹⁸ Preuß/Schanze/Wesch (2004)

- Welche lokalen Potenziale lassen sich aus der Infrastruktur der Gemeinde (Umgebung, Mentalität, Bildungs- und Kultureinrichtungen, ansässige Betriebe, Dorfkrug, Poststelle etc.) ableiten?

Barlösius/Neu (2001) arbeiten als Leitmotive für ländliche Regionen zwei konkurrierende Idealtypen von Leitbildern heraus:

(1) das der *nachholenden Modernisierung* und

(2) das der *Konservierung der Ländlichkeit und Natur*.¹⁹

Ersteres kennzeichnet sich durch Intentionen und Strategien der Schaffung neuer Arbeitsplätze, der Investition in regionales Gewerbe, Handwerk, Industrie und Landwirtschaft und durch Strategien der Wiederbesiedelung. Das zweite fokussiert Strategien, weite Teile ehemals landwirtschaftlich genutzter oder bewohnter Flächen im Sinne des Tourismusverkehrs in Landschaftsparks, Regenerations- und Freizeitflächen umzuwandeln, oder das Land sich im Sinne des Naturschutzes selbst zu überlassen. Nach jahrzehntelanger Wirtschaftsförderung, die weitgehend ins Leere lief, erhält der zweite Handlungsweg einen bemerkenswerten Auftrieb, zumindest bei der Diskussion von Zukunftsentwürfen.²⁰

Importierte man die Diskussion um Schulstandorte in diese Leitbilddebatte, ließe sich ableiten, dass ein Schulstandort für Leitbild Eins konstituierend, während er für Leitbild Zwei entbehrlich ist.

7.5 Nachhaltigkeit

Ein wesentliches Motiv für ein zukunftsorientiertes Konzept der Fortschreibung der Bildungsvorsorge im ländlichen Raum ist der Aspekt der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit im hier gemeinten Sinne beinhaltet als einen Kernaspekt einen zukunftsfähigen Umgang mit der Ressource schulische Bildung. Der Ressourcenbegriff schulische Bildung soll nach Fend (1980) definiert werden als Institutionen der gesellschaftlich kontrollierten und veranstalteten Sozialisation von Kindern. Mit der Vermittlung von individuell nützlichen und gesellschaftlich brauchbaren Einstellungen und Qualifikationen leistet gerade die Grundschule den Aufbau und die Entwicklung der Persönlichkeit des Kindes. Daneben fungiert sie als fortlaufende Reproduktionsinstanz der bestehenden Gesellschaft.²¹ Fend (1980) unterscheidet drei Funktionen von Schule. (1) Die *Qualifikationsfunktion* bezieht sich im Grundschulsektor auf die Vermittlung grundlegender Symbolsysteme wie Sprache und Schrift, Werten und Normen. (2) Die *Selektionsfunktion* bezieht sich auf die unterschiedliche formale Qualifikation in Form von Schulnoten und Beurteilungen, die maßgeblich für den weiteren schulischen Werdegang und den späteren beruflichen Erfolg sind. (3) Die *Legitimationsfunktion* der Schule bezieht sich auf die tragende Rolle des Erziehungssystems für die Aufrechterhaltung, Stabilisierung und Rechtfertigung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung.

Des Weiteren steht schulische Bildung für eine wie in den vorangegangenen Kapiteln hergeleitet soziokulturelle und ökonomische Ressource, die konstituierend für ein lokales beziehungsweise regionales Netzwerk verschiedenster Institutionen ist. Daher möchten wir den Ressourcenbegriff um den Punkt (4) aufweiten, den wir als *sozialräumliche Integrationsfunktion* fassen.

¹⁹ Barlösius/Neu 2001): 65

²⁰ Vgl. Barlösius/Neu (2001) 65-76

²¹ vgl. Fend 1980, 2-6

Nachhaltigkeit heißt also in diesem Sinne, den Bedürfnissen der gegenwärtigen Generation in den genannten vier Punkten zu entsprechen, ohne die Chancen und Bedürfnisse künftiger Generationen an die Ressource schulische Bildung auszuklammern oder zu gefährden.

7.6 Schulinternes Curriculum

Nicht erst seit Pisa²² wird ein umfassender Handlungsbedarf zur Qualitätsverbesserung von schulischer Erziehung und Unterricht diskutiert. Im Zentrum stehen dabei die Bereitstellung innovativer Lernsituationen und die Förderung des selbstgesteuerten und kooperativen Lernens.²³ In diesem Sinne sehen wir im schulinternen Curriculum eines Standortes ein bedeutendes Instrument der Qualitätsentwicklung der Einzelschule und folglich grundlegendes Entscheidungskriterium in der Standortfrage gegeben. Sechs Aspekte halten wir bei der Evaluation von Schulkonzepten für wesentlich:

Bildungsqualität (In wie weit ist die Bildungsqualität inhaltlich in Hinblick auf den zentral vorgegebenen Rahmenlehrplan gesichert?)

Lernprozess (In wie weit finden innovative pädagogische Konzepte (individuenzentrierter Unterricht, jahrgangsübergreifender Unterricht, Projektarbeit) statt?)

Schulorganisation (Integration in regionales Netzwerk, Ganztagsbetreuung, (Kooperation mit regionalen außerschulischen Institutionen (Kita, Vereine etc.)?))

Status-quo-Situation (Größe, Einzugsbereich, Tradition, jüngste Entwicklungstendenzen, Probleme/Reserven?)

Leitbild (Größe, Einzugsbereich, Tradition, jüngste Entwicklungstendenzen, Probleme/Reserven?)

Entwicklungsschwerpunkte (Welche eindeutig formulierten und überprüfbareren Ziele und Teilziele setzt sich die Schule innerhalb eines überschaubaren Planungshorizonts selbst?)

7.7 Planungsmethodik

Wie oben hergeleitet halten wir es für die Bildungsvorsorge im ländlichen Raum für zielführend, wenn der Schulnetzplan über das schlichte Ziel, der Entwicklung eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen den zur Verfügung stehenden Schulplätzen und der zu erwartenden Schülerzuweisung hinausragt.

Demzufolge besteht ein wesentlicher Schritt in der Bestandsaufnahme und -analyse der oben aufgeführten Entscheidungskriterien. Für eine rationale Entscheidung unter Berücksichtigung aller Kriterien schlagen wir für die Planungspraxis eine Entscheidungsmatrix vor, die alle genannten Aspekte, möglicherweise verschieden gewichtet, beinhaltet:

²² Vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (1999)

²³ Vgl. ebd.

Abb. 10: Entwurf einer Entscheidungsmatrix

Schulnetzplanung Sächsische Schweiz/ prekäre Standorte					Bewertungsmaßstab/ Indikatoren
(Bewertung jeweils auf einer Skala von 1-10)	Schule1		Schule2		
	real	gewichtet	real	gewichtet	
Schülerlogistik im Falle eine Standortschließung					
Keine Abhängigkeit vom ÖPNV					Je weniger Abhängigkeit, desto weniger Punkte (0-10 P)
Anpassung an ÖPNV-Umläufe					Erreichen alle Kinder mit dem ÖPNV pünktlich den alternativen Standort (JA= 0 P/ NEIN = 10 P)
Entfernungsnorm im Falle einer Standortschließung					
Distanz in km zum nächsten Standort					Kein Kind wird es weiter als 7 km haben = 0 P 75 % der Kinder werden es nicht weiter als 7km haben = 3 P 50 % der Kinder werden es nicht weiter als 7 km haben = 6 P Mehr als die Hälfte der Kinder wird es weiter als 7 km haben = 10 P
Fahrzeit in min zum nächsten Standort					Siehe oben
Standortfaktor					
Familien					

Unternehmen				
Dorfinstitution				10 P wenn Schule letzte öffentlich finanzierte und nicht zu kompensierende Raumeinheit in der Gemeinde
Leitbild				politische administrative Selbstverantwortung = 8 P angemessene lokale Infrastruktur = 9 P Vielseitigkeit wirtschaftlicher Aktivitäten = 5 P landwirtschaftliche Produktion = 0 P ländliche Bauweise und regionalspezifische Bautradition = 0 P bedeutende kulturelle und soziale Potenziale = 10 P naturnahe und umweltfreundliche Siedlung = 0 P starke Dorfgemeinschaft = 10 P Freizeitdorf = 0 P Tourismusdorf = 0 P Kurdorf = 0 P Wüstung = 0 P
beantragte Projekte				
Interessen der Einwohner				
Intentionen Gemeinderat				
Lokale Potenziale				

Nachhaltigkeit					
Schulkonzept					
Bildungsqualität					In wie weit ist die Bildungsqualität inhaltlich in Hinblick auf den zentral vorgegebenen Rahmenlehrplan gesichert?
Lernprozess					In wie weit finden innovative pädagogische Konzepte (individuenzentrierter Unterricht, jahrgangsübergreifender Unterricht, Projektarbeit) statt?
Schulorganisation					Integration in regionales Netzwerk, Ganztagsbetreuung, (Kooperation mit regionalen außerschulischen Institutionen (Kita, Vereine etc.)?)
Status Quo Situation					Größe, Einzugsbereich, Tradition, jüngste Entwicklungstendenzen, Probleme/Reserven?
Leitbild					Größe, Einzugsbereich, Tradition, jüngste Entwicklungstendenzen, Probleme/Reserven?
Entwicklungsschwerpunkte					Welche eindeutig formulierten und überprüfbaren Ziele und Teilziele setzt sich die Schule innerhalb eines überschaubaren Planungshorizonts selbst?
Endsumme					

7.8 Zwischenbilanz

Die Fortschreibung des Schulnetzes muss auf den erheblichen Schülerrückgang reagieren. Eine paritätische Schließung von Schulstandorten wäre für bestimmte Regionen aus mehrdimensionalen Gründen fatal. Dennoch werden weitere Schulschließungen in Einzelfällen das probate Mittel bleiben, denn ein Beibehalten jedes Grundschulstandortes lässt sich vor allem aus Gründen der öffentlichen Haushalte nicht nachhalten.

Kleine Schulen sind daher in keiner Weise als Allheilmittel zu verstehen, doch können sie in begründeten Fällen dazu beitragen, im Sinne der Chancengerechtigkeit im Zugang zu Bildung, regionale Bildungsangebote zu erhalten und Standorte zu sichern. Mit der langfristigen Sicherung von kleinen Grundschulstandorten würde die Attraktivität der jeweiligen Region besonders für junge Familien gesteigert, da die Versorgung mit Betreuungs- und Bildungsangeboten entscheidenden Einfluss für den Verbleib bzw. dem Zuzug in diese Region hat. Gerade für junge Frauen werden damit Strukturen geschaffen, die es erlauben, Familie und Erwerbsleben miteinander zu verbinden.

Eine zentrale Koordination des staatlichen Grundschulnetzes scheint zwar nach wie vor notwendig, ist aber wie sich zeigte, mit dem Primat der Mindestschülerzahl als Entscheidungskriterium zu eindimensional. In diesem Falle wären die administrativen Entscheidungen typische Top-Down-Prozesse, bei denen die Interessen der Einwohner der betreffenden Gemeinde letztendlich eine Störgröße darstellen. Als ergänzender Entwurf dazu wurde die Notwendigkeit einer facettenreichen Standortevaluation gezeigt, die die subtilen Variablen des Prozesses mit berücksichtigen soll, ohne in einer möglichen Unstrukturiertheit eines Bottom-Up-Prozesses zu verschwimmen.

In diesem Sinne wollen wir anregen, in diesem Bereich weiter nach pragmatischen Lösungen zu suchen.

8 Evaluation des Projektes und Selbstreflexion

8.1 Initiierung bürgerlichen Engagements

Neben der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts waren die Problemsensibilisierung und die Initiierung bürgerlichen Engagements wesentliche Erfolgskriterien des Vorhabens.

Die Workshopmethode Zukunftswerkstatt kann als zielführend, den ersten Punkt betreffend evaluiert werden. Gekoppelt mit einem Impulsreferat über Kenngrößen und Dynamiken des demografischen Wandels im ländlichen Raum konnte den Bürgern ein, über das Alltagsverständnis hinausragendes Verständnis über wesentliche Zusammenhänge und Herausforderungen der regionalen Bevölkerungsentwicklung vermittelt werden. Die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Schulformen konnte auf diese Weise hergestellt werden, was als eine wesentliche Grundlage für die Initiierung bürgerlicher Beteiligung an Strukturveränderung bildet.

Das im Realisierungsworkshop gefasste Vorhaben in zwei Arbeitsgruppen (aus Lehrerinnen, Eltern und Erziehern) eine Modellschule unter den in Realisierungsphase der Zukunftswerkstatt paraphrasierten Gütekriterien²⁴ zu erarbeiten, kam zu keinem übertragbaren Abschluss. Große Unsicherheiten und Skepsis gegenüber der Erfolgswahrscheinlichkeit bremsen das Engagement.

Wie man aus der Literatur zur Einführung jahrgangsübergreifenden Unterrichts entnehmen kann, sind diese Unsicherheiten, Ängste und eine damit verbundene kleinschrittige Überzeugungsarbeit des Lehrpersonals und der Bürger aus anderen Projekten bekannt.²⁵

Zumindest in Ansätzen wurden erste Schritte zur Modellschule jedoch in der Tat realisiert. So konzipierten die Lehrerinnen der der Grundschule in Wehlen eine Projektwoche in der der jahrgangsübergreifende Unterricht als wesentliches Strukturmerkmal einer „Kleinen Schule“ simuliert und auf diese Weise für Pädagoginnen, Schüler und Eltern erfahrbar gemacht wurde.

In der Projektevaluation wurden die in der Fachliteratur niedergeschriebenen pädagogischen Potenziale jahrgangsübergreifenden Unterrichts²⁶ bestätigt. Jedoch wurde von Seiten der Lehrerinnen ein vergleichsweise hoher zeitlicher und kognitiver Aufwand kommuniziert, den man über längere Zeithorizonte nur unter der Gewissheit bereit zu tragen ist, dass auf bildungspolitischer Seite das Projekt ein Echo fände. Die momentane Praxis der Schulnetzplanung scheint hier noch wenig wirkliche Partizipationsmöglichkeiten zu bieten, doch wird von institutioneller Seite verstärkt darüber nachgedacht. Die oben gezeigte Entscheidungsmatrix könnte ein wichtiger Schritt in diese Richtung sein.

Angesichts des enormen Problemdrucks, der momentan auf der Gemeinde Wehlen und ländlichen Gemeinden mit kongruenten Problemlagen lastet, gestaltet es sich schwierig,

²⁴ (1) Integration der Vorschule, (2) Lehrplanbezug, (3) Integration von ehrenamtlichen Helfern in die Bildungsarbeit, (4) Vernetzung mit regionalen Initiativen/Vereinen/Verbänden, (5) Ganztagsangebot, (6) jahrgangsübergreifender Unterricht, (7) keine zusätzliche Belastung der Lehrkräfte der GS Wehlen

²⁵ Vgl. Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt (Hg.) (2003)

²⁶ Vgl. Weishaupt (2005)

nachhaltige und damit teilweise auch langfristige Entwicklungsprozesse anzustoßen. Die Bürger wollen schnelle Lösungen sehen und machen ihr Engagement davon abhängig.

Bürgerliches Engagement entfaltet dann Ressourcen, wenn es unter enger Führung (Projekt-Coaching) passiert und die antizipierte Erfolgswahrscheinlichkeit von den Beteiligten als vergleichsweise hoch wahrgenommen wird. Eine Partizipation unter Unsicherheit lässt sich hingegen nur schwer initiieren.

8.2 Erwartete Wirkungen/ Nachhaltigkeit

Die vorliegenden Ergebnisse sind als Impulse für die lokale Schulnetzplanung zu verstehen, die eine Verbindung zwischen sozialräumlichen Entwicklungsstrategien und Bildungsvorsorge anstreben. Die Umsetzung eines nachhaltigen Konzeptes für eine kleine staatliche Grundschule in der Stadt Wehlen würde längerfristig den Erhalt des Schulstandortes sichern und Vorbildwirkung für die angrenzenden Regionen, die mit ähnlichen Problemlagen konfrontiert sind entfalten. Für die Schulkinder und deren Eltern würden lange Schulwege vermieden, die gerade im Grundschulalter ohne die Hilfe der Eltern nicht zu bewerkstelligen sind. Dies erhält auch für die kleinen Schulkinder Freiräume zur Entwicklung von Eigenständigkeit und Verantwortung für die Gestaltung der Freizeit in ihrem Wohnort, verbessert die soziale Integration der Kinder durch den Aufbau intakter Peer-Beziehungen und bietet die Möglichkeit, Unterstützungsnetzwerke außerhalb der Familie zu aktivieren. Zudem würden durch eine Verbindung von Wohnort und Schulort auch für den Unterricht Anknüpfungspunkte an die Lebens- und Erfahrungswelt der Kinder geschaffen, die längerfristig zu einer besseren Identifikation mit ihrer Heimat beitragen können.

9 Literatur

- Adam, Franziska (2004): In: Gemeinde Leuben – Schleitz (Hg.): Dorf der Zukunft. Dorf 2010. Dresden, Franziska/Schattnek, Steffen 82004): Das Kurdorf. 52-56
- Barlösius, Eva/Neu, Claudia (2001): Die Wildnis wagen? In Berliner Debatte Initial Heft 6, S. 65-76
- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994):(Hrsg.), Riskante Freiheiten, Frankfurt
- BMVBS / BBR (2005): Anpassungsstrategien für ländliche/ periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. In: Werkstatt: Praxis Heft 38. Bonn
- BMVBS (2006) Infrastrukturberechnungen in der Regionalplanung. Ein Leitfaden zur Abschätzung der Folgekosten alternativer Bevölkerungs- und Siedlungsszenarien für soziale und technische Infrastrukturen. Bonn: Selbstverlag des Bundesamtes
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (1999): Qualitätsverbesserung von Schulen und Schulsystemen. Bonn
- Fend, H. (1980): Theorie der Schule. München: Urban und Schwazenberg
- Grabow, B. (2005): Weiche Standortfaktoren in Theorie und Empirie – ein Überblick. In: Thießen, F. et. al. (Hg.) Weiche Standortfaktoren. Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung. Berlin: Dunker & Humboldt, S. 37-52
- Grünberg, Andrea/Jäckel, Katja/Peschek, Stephanie (2004): Das Museumsdorf. In: Gemeinde Leuben – Schleitz (Hg.): Dorf der Zukunft. Dorf 2010. Dresden, 46-51
- Häder Michael (2002): Delphi-Befragungen. Ein Arbeitsbuch. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Henschel, Karsten (2004): Die Entwicklung zum Freizeitdorf. In: Gemeinde Leuben – Schleitz (Hg.): Dorf der Zukunft. Dorf 2010. Dresden, 41-45
- Hervieu, Bertrand (1997): Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. In: Leader-Magazin Nr. 15 – Juli/August
- Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt (Hg.) (2003): Interne und externe Evaluation von Schulprogrammarbeit – Prozesse und Erfahrungen aus dem Modellversuch KES. Halle
- Mayring, Ph. (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Deutscher Studienverlag
- Preuß, Isabel/Schanze, Andreas/Wesch, Alexander (2004): Betrachtung zum Szenario Wüstung. In: Gemeinde Leuben – Schleitz (Hg.): Dorf der Zukunft. Dorf 2010. Dresden, 57-65
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Internationale Schulleistungsstudie PISA. Lernen für die Welt von morgen, 2004
- Rösner, Ernst (2005): Von erfolgreichen Verlierern und verlustreichen Gewinnern. In: Holzapfel, H.G./Hömann, K. (Hg.) Schulentwicklung und Schulwirksamkeit : Systemsteuerung, Bildungschancen und Entwicklung der Schule. Weinheim: Juventa Verl., S. 131-139
- Sächsische Staatskanzlei (2006): (Hrsg.): Expertenkommission „Demografischer Wandel“, Empfehlungen zur Bewältigung des demografischen Wandels im Freistaat Sachsen,

Weishaupt, Horst: Zur Leistungsfähigkeit kleiner Grundschulen mit jahrgangsübergreifenden Klassen. <http://www.zbl.uni-wuppertal.de/zentrum/forschung/projekte/index>

Winkler, Anke (2004): Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude als Grundlage für eine nachhaltige Dorfentwicklung. In: Gemeinde Leuben – Schleitz (Hg.): Dorf der Zukunft. Dorf 2010. Dresden, 35-40